

Die Geschäftsstelle des Grenzfriedensbundes ist in Flensburg

Hafendamm 15 - 2390 Flensburg Geschäftsführer: Walter Harenberg
Sprechzeit: Montag — Freitag 9.30—12 Uhr Fernsprecher
(04 61) 2 67 08, außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 5 57 06

Bankkonto: Stadtparkasse Flensburg 2 001 020 Postgirokonto:
Hamburg 114 07-206

WAS DIESES HEFT BRINGT Seite

Bernd Philipsen

Schimon Monin — jüdisches Emigrantenschicksall.....123

Walter Grab

Die Einstellung norddeutscher

Jakobiner zu den Juden.....134

Hans Schultz Hansen

Nationalbewußtsein und Klasse.....151

Umschau ab Seite 170

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden vom Grenzfriedensbund herausgegeben. Sie sind eine Mitgliederzeitschrift und im freien Handel nicht erhältlich.

Der Bezugspreis ist enthalten im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. Redaktion der Grenzfriedenshefte Hafendamm 15, 2390 Flensburg.

Verantwortlich: Artur Thomsen, Holstengang 4, 2390 Flensburg.

Druck: Schleswiger Druck- und Verlagshaus

BERND PHILIPSEN

Schimon Monin - jüdisches Emigranten-schicksal

Geburtsstadt: Flensburg

Heimatstadt: Tel-Aviv

*„Sich der Vergangenheit erinnern,
in der Gegenwart leben,
der Zukunft vertrauen“*

Inscription am
Diaspora-Museum „Bet
Hatefuzot“ in Tel-Aviv

1. Ein Fall von 280 000

Die Geschichte, die in diesem Beitrag berichtet wird, ist eine unter unzähligen. Wie Schimon Monin — in Flensburg geboren und aufgewachsen — mußten während der Willkürherrschaft der Nationalsozialisten Tausende weiterer, entrechteter deutscher Juden ihre Heimat verlassen, um der drohenden Deportation und dem Holocaust zu entgehen, dem insgesamt sechs Millionen Menschen aus ganz Europa zum Opfer fielen. Diese Dokumentation ist der Versuch, hinter anonymen Zahlen und der meist abstrakten Geschichtsschreibung wieder das Einzelschicksal sichtbar zu machen: Es steht hier stellvertretend für 280 000 Juden, die ihr Leben retten konnten, indem sie den Weg in die Emigration wählten. Etwa 140 000 deutsche Juden wurden nach dem Osten deportiert und dort in den Vernichtungslagern der Nazis zusammen mit Millionen von Schicksalsgenossen aus anderen Ländern umgebracht.

Dieser Artikel ist das Ergebnis mehrerer, von gegenseitigem Vertrauen getragener Gespräche, die ich mit Schimon Monin in Flensburg — seiner Geburtsstadt — und in Tel-Aviv — seiner Heimatstadt — geführt habe, sowie eigener zusätzlicher Recherchen. Uns verbindet seit einigen Jahren eine tiefe Freundschaft.

2. Aufklärung tut not

Auch über vierzig Jahre nach dem Ende des Holocaust bleibt im Verhältnis von Juden und Deutschen, zwischen dem Staat Israel und der Bundesrepublik noch vieles ungeklärt, nicht aufgearbeitet. Wie sehr Information und Aufklärung nötig sind, haben gerade in jüngster Zeit unsägliche Äußerungen auf politischer Ebene gezeigt, die dem nach wie vor in Teilen der Bevölkerung latent vor-

handenen Antisemitismus mehr Nahrung gaben als die langatmigen, eher akademisch geführten Diskussionen um das Müll-Theaterstück von Rainer Werner Fassbinder zusammen. Und Information und Aufklärung sind die ersten Schritte auf dem Wege, die verhängnisvolle Macht von Vorurteilen zu überwinden. Dies ist eine Aufgabe auf Dauer und vor allem eine Aufgabe, der sich alle — ob in Regierungsämtern oder im Bekanntenkreis — verpflichtet fühlen sollten. Einen wesentlichen Beitrag dazu leistet seit nunmehr rund zwanzig Jahren die Deutsch-Israelische Gesellschaft, deren Arbeitsgemeinschaft Schleswig-Holstein von Peter Guttkuhn in Lübeck geleitet wird. In Flensburg hat sich zudem eine örtliche Gesellschaft der Freunde Israels etabliert, die sich — unter dem Vorsitz von Pastor Wolfgang Runkel - der gleichen Aufgabe verschrieben hat: Brücken zu bauen zur Verständigung zwischen Deutschen und Israelis sowie Christen und Juden.

Diesem Ziel dient auch eine Initiative von Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Dr. Uwe Barschei, der während seines Besuchs in Tel-Aviv 1985 spontan „schleswig-holsteinische Israelis“ einlud, auf Kosten der Landesregierung ihre ursprüngliche Heimat wiederzusehen und Gespräche zu führen mit Repräsentanten und Bürgern dieses Landes. „Manche von uns hatten Bedenken, ob sie die Einladung annehmen sollten“, berichtete Schimon Monin als Teilnehmer und Sprecher der zweiten Besuchergruppe, die im Mai 1987 eine „Reise in die Vergangenheit“ unternahm. „Doch wir sind froh, die Freundschaftshand ergriffen zu haben.“ Denn: „Wir erlebten ein ganz anderes Deutschland, als wir es in Erinnerung hatten — ein neues Deutschland.“ Das Besuchsprogramm soll weiter im jährlichen Rhythmus fortgeführt werden.

3. Jüdisches Leben in Flensburg einst

Seit bald zweitausend Jahren leben Juden in Deutschland. Aus der Zeit des Spätmittelalters stammen die ersten Hinweise auf jüdisches Leben in Schleswig-Holstein; sie beziehen sich allerdings lediglich auf den Raum Lübeck/Lauenburg. Der eigentliche Beginn jüdischer Geschichte in diesem Land datiert um das Jahr 1600. Seinerzeit war es Juden von der Obrigkeit gestattet worden, sich in Altona, Rendsburg, Elmshorn, Glückstadt und — etwas später — in Friedrichstadt niederzulassen. In anderen Orten durften sie sich lediglich für kurze Dauer aufhalten. Georg Cläden —

von 1742 bis 1781 Bürgermeister von Flensburg und zugleich Chronist der Stadt — notierte in seinen Sammlungen zur Stadtgeschichte: „Es ist eine von etlichen hundert Jahren hergebrachte Gewohnheit, daß

1. in der Stadt Flensburg keine Juden wohnen und
2. außerhalb der Markttag kein Jude sich über drei Tage in der Stadt aufhalten darf.“

Noch 1808 stellte der Rat fest, „daß Flensburg zu denjenigen Städten der Herzogtümer gehört, woselbst noch niemals Genossen der jüdischen Nation zum beständigen Aufenthalt oder zu häuslicher Niederlassung die Erlaubnis höheren Ortes bewirkt haben, so oft auch einige, besonders der bekannte Levin Rotschild aus Hamburg hierum nachgesucht haben“. Dieser Rotschild aber und ein Michel Jonas schafften es schließlich mit Unterstützung von König Friedrich VI., daß sie sich 1809 in Flensburg als „Bürger und Handelsmänner“ niederlassen konnten. Ihre Familien waren somit die ersten Flensburger Bürger jüdischen Glaubens. Sie sollten für mehrere Jahrzehnte auch die einzigen bleiben.

Als Kopenhagen 1854 auch für das Herzogtum Schleswig eine Verordnung zur bürgerlichen Gleichstellung der jüdischen Bevölkerung erließ, stieg sogleich die Zahl der Juden in Flensburg an. Noch im selben Jahr gründeten die etwa 15 Flensburger Juden eine eigene religiöse Gemeinde. Es war die erste Gemeindegründung im Herzogtum außerhalb Friedrichstadts (1619). Die Gemeinde unterhielt einen Betsaal an wechselnden Standorten und trug sich mit Plänen, einen Friedhof anzulegen und eine Synagoge einzurichten. Beide Projekte scheiterten, da die Gemeinde bald in sich zerstritten war. Die Folge: Sie löste sich auf.

Bisher konnte noch nicht genau festgestellt werden, zu welchem Zeitpunkt das letzte jüdische Bethaus in der Süderfischerstraße 3 errichtet wurde. Es soll bis in die neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts von Juden benutzt worden sein. Städtische Adreßbücher um die Jahrhundertwende weisen dieses kleine Gebäude als „Synagoge“ aus. Später diente es als Baumaterialien- und Kohlenhandlung und für einige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg als chemisches Laboratorium. Anfang 1964 wurde das ehemalige Bethaus — inzwischen im Eigentum der Stadt — ohne vorherige denkmalpflegerische Dokumentation abgebrochen.

Die liberale Weimarer Verfassung beflügelte die jüdische Arbeit in Deutschland. So schlug Oberrabbiner Dr. Joseph Carlebach aus Altona 1926 die Neugründung einer Gemeinde in Flensburg vor, nachdem er sich während eines Besuches in der Stadt über das jüdische Leben informiert hatte. Er gab die Zahl der Juden mit 60 an. Auch der 1928 neueingesetzte Bezirksrabbiner Dr. Benjamin Cohen mit Sitz in Friedrichstadt bemühte sich intensiv um eine Gemeindeneugründung in der Fördestadt. Aus den Jahresberichten des Verbandes der jüdischen Gemeinden Schleswig-Holsteins läßt sich der Schluß ziehen, daß es doch noch zu einer Gemeindegründung in Flensburg gekommen ist. Nach dem letzten vor der „Machtergreifung“ durch die Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 geschriebenen Bericht war der Möbelhändler Emil Löwenthal für Gottesdienstangelegenheiten zuständig. Später wird Löwenthal, der von seinem Enkel, dem Fernsehjournalisten Gerhard Löwenthal, als bewußter Jude konservativen Zuschnitts geschildert wird, als Vorsteher der jüdischen Gemeinde Flensburg erwähnt.

Um den Schmähungen, Drohungen und Beleidigungen der neuen Machthaber, ihrer Handlanger und Mitläufer zu entgehen, entschlossen sich schon bald die ersten Familien zur Emigration. Daß die Nazis entschlossen waren, ihre Parolen zu verwirklichen, demonstrierten sie deutlich am 1. April 1933: SA und SS marschierten vor Geschäften von Juden auf dem Holm und in der Großen Straße auf und schikanierten Besitzer, Personal und Kunden. Die fortschreitende Entrechtung einer Bevölkerungsgruppe erlebte einen weiteren traurigen Höhepunkt in der „Kristallnacht“ vom 9./10. November 1938. Hauptziel dieses staatlich organisierten Terrors gegen Juden und ihre Einrichtungen war in Flensburg der landwirtschaftliche Hof Jägerslust am Exerzierplatz Schäferhaus, auf dem zeitweise junge Juden, die nach Palästina auswandern wollten, auf ihre neue Tätigkeit als Bauern vorbereitet wurden. Hofbesitzer Alexander Wolff wurde von der SA geschlagen, geprügelt und über die Grenze nach Dänemark gejagt. Er gelangte später in die USA. Für Wolffs Frau, Schwester und Mutter begann ein Leidensweg, der in einem Vernichtungslager endete.

Nach dem November-Pogrom zogen Emil und Johanna Löwenthal zu ihrem Sohn nach Berlin in der Annahme, in der Großstadt vor

dem Zugriff der Nazis sicherer zu sein als in der Provinz. Inzwischen schon über 80 Jahre alt, wurden sie 1943 nach Theresienstadt verschleppt, wo sie einige Monate später umkamen.

Das Kapitel „Juden in Flensburg“ gehört der Geschichte an. Selbst Zeugnisse jüdischen Lebens in der Fördestadt haben die Zeit nicht überdauert. Es bleiben nur Erinnerungen; sie müssen als Mahnung wachgehalten werden. Denn: „Nicht vergessen, sondern erinnern ist unsere Aufgabe“ (Heinrich Böll).

4. Die Familie Monin in Flensburg

Die Familie Monin stammt aus Weißrußland und hatte ihre Heimat wegen der dortigen Unruhen im Zusammenhang mit der russischen Revolution 1918/19 verlassen. Ein Teil ging nach Amerika, andere nach Dänemark. Auch Schimons Eltern, der Schneider Benjamin Monin und seine Frau Leja, waren auf dem Wege nach Kopenhagen. Sie blieben in Flensburg „hängen“ und ließen sich hier nieder.

Schimon Monin heute: „Sie dachten, sie hätten hier eine neue Heimat gefunden.“

Danach sah es zunächst auch aus. Die ersten Jahre in Flensburg verliefen recht erfolgreich. Maßschneider Monin konnte bald eine Werkstatt eröffnen und erwarb sich durch gute handwerkliche Arbeit und durch seine Mitarbeit in der Innung der Schneider rasch ein hohes Ansehen bei Kunden und im Kollegenkreis. Mit dem Verdienst wuchsen die Familie und — als Folge — die Wohnbedürfnisse. Als die Familie von der Angelburgerstraße in die Norderstraße umzog, waren bereits zwei Töchter geboren, Sonja und Henni. In dem Haus Norderstraße 111 kam am 17.

Dezember 1922 das dritte Kind auf die Welt — Simon, wie er seinerzeit noch hieß. Sechs Jahre später wurde mit der Geburt einer weiteren Tochter (Hanna) die Familie komplettiert. Nächste Stationen waren die Schützenkuhle 15 und die Harrisleer Straße 29. Hier verlebte Simon jene Jahre seiner Kindheit, an die er sich heute noch erinnern kann.

Es war eine für ihn recht unbeschwerte Zeit. Nichts deutete darauf hin, durch welche schwere Jahre die Familie noch gehen mußte.

Simon besuchte die damalige Petrischule (heute Schule Rams-

harde) in der Bauer Landstraße und hatte einen intensiven freundschaftlichen Kontakt zu vielen Mitschülern und Nachbarkindern. Daß er „anders“ sei als seine Spielkameraden, war ihm lange Zeit nicht bewußt geworden. Als er sich einmal christlichen Pfadfindern anschließen wollte, wurde ihm dies von jenen mit dem Hinweis auf seine jüdische Abstammung verwehrt.

Das jüdische Leben in Flensburg war nicht besonders stark ausgeprägt. Viele Familien jüdischer Herkunft lebten hier, ohne voneinander zu wissen. So kann man auch die Familie Monin als Anhänger des traditionellen Judentums einstufen: Sie pflegte die überkommenen Bräuche und beging in würdigem Rahmen die hohen Feiertage. Für die Eltern war es eine Selbstverständlichkeit, Simon gleich nach seiner Geburt nach jüdischer Sitte beschneiden zu lassen. Aus diesem Anlaß spendete Vater Benjamin den Betrag von 6600 Mark an ein jüdisches Lehrhaus in Altona namens „Klaus Beth Flamidrasch“. Auch das war üblich, selbst für eine weitgehend assimilierte Familie wie die Monins. Schimon Monin erinnert sich: „Nach strengen jüdischen Gesetzen in Flensburg zu leben, war nicht möglich. Wo hätte man zum Beispiel nach unseren Speisegesetzen zubereitetes Fleisch kaufen oder koscher essen können? Zu den hohen Feiertagen trafen sich die jüdischen Familien — wenn sie überhaupt interessiert waren — im ‚Roten Zimmer‘ von ‚Flensborghus‘, um dort Gottesdienste zu feiern. Zu uns Kindern kam Bezirksrabbiner Dr. Benjamin Cohen aus Friedrichstadt. Er unterrichtete uns etwas in Religion. Meine Eltern haben sich zwar als Juden gefühlt, an uns Kinder aber nicht viel an Tradition weitergegeben. Ich habe darum sehr wenig über das Judentum gewußt. Völlig unbekannt waren mir die Regeln eines Gemeindegottesdienstes, der die Sache von mindestens zehn über dreizehnjährigen Männern ist. Als einmal neun Männer vergebens auf einen zehnten warteten, holte man mich in das ‚Rote Zimmer‘, obwohl ich damals erst elf Jahre alt war. Mir wurde die Tora-Rolle in die Hand gedrückt. Die Gottesdienstteilnehmer haben gesagt, der kleine Junge kann mitgezählt werden, wenn er die Tora-Rolle in den Händen hält. Und so konnte der Gottesdienst abgehalten werden. Verstanden habe ich damals gar nichts. Ich hätte lieber mit meinen Freunden gespielt.“

Betreut wurde die jüdische Gemeinschaft oder Gemeinde in Flensburg von Bezirksrabbiner Dr. Benjamin Cohen (1895—1944

Auschwitz) und vom in Altona residierenden Oberrabbiner Dr. Joseph Carlebach (1883—1942 Riga). Carlebach, der großes Interesse am Gedeihen der Gemeinde in der Fördestadt hatte, „hat uns manchmal Leute und Gebetbücher geschickt, damit wir hier die Gottesdienste an hohen jüdischen Feiertagen abhalten konnten“ (Monin). Er war eine allgemein anerkannte Persönlichkeit, deren Wort viel galt — vor allem in jüdischen Kreisen. Wer Rat brauchte, fuhr nach Altona und konsultierte den Oberrabbiner.

Mit der „Machtübernahme“ durch die Nazis am 30. Januar 1933 veränderte sich auch das Leben der Familie Monin. Kinder aus dem Umfeld von Simon schlossen sich der Hitler-Jugend an. Doch die Schikanen Gleichaltriger ihm gegenüber hielten sich in Grenzen: „Ich hatte viele gute Freunde, die waren in Ordnung.“ Anders sein Religionslehrer. Er war — so erinnert sich Monin — schon NSDAP-Mitglied gewesen, bevor Hitler ans Ruder kam: „Er war eigentlich Pastor und auch der einzige, der später in SA-Uniform in die Schule kam. Ich weiß, daß es zwischen ihm und anderen Lehrern darüber eine Diskussion gab. Und auch mir hat er zugesetzt — im Religionsunterricht. Bis dahin war ich vom Religionsunterricht freigestellt und durfte so lange rausgehen. Das war mir manchmal sogar unangenehm wurde es aber noch, als nach dem 30. Januar 1933 der Pastor zu mir sagte: ‚Nein, du gehst jetzt nicht mehr hinaus, du hast hier in der Klasse zu bleiben.‘ Er hat mich in die Ecke gestellt vor allen Mitschülern und mich jede Stunde fünf Minuten nach Bräuchen des Judentums ausgefragt und mich dabei lächerlich gemacht. Ich habe doch noch viel gewußt über jüdische Sitten. Und da hat er mich angeschrien und beschimpft, und alle Kinder haben immer gelacht. Das tat weh.“

Vom Boykott gegen jüdische Geschäfte am 1. April 1933 war die Werkstatt des Schneiders Benjamin Monin nicht betroffen. „Ob die SA und SS uns vergessen hatten, oder ob uns wohlgesonnene Leute dahinterstanden, daß wir geschont wurden, ich weiß es nicht“ (Schimon Monin). Doch dieses Datum hatte die letzten Zweifel der Eltern zerstreut:

„Hitler ist eine ernsthafte Gefahr für uns Juden, sagten sich meine Eltern. Um sich Rat einzuholen, was zu tun sei, reiste mein Vater nach Altona zum Oberrabbiner. Er war drei Tage lang unterwegs — einen Tag brauchte er für die Hinreise, einen Tag für den Aufenthalt in Altona und einen Tag für die Rückreise. Als mein Vater

zurückkam, war er sehr verunsichert. Der Oberrabbiner hatte ihm gesagt, „Herr Monin, das deutsche Volk wird Hitler und solche Ausschreitungen nicht dulden. Es wird nur noch kurz dauern, dann ist der Spuk vorbei. Sie können ruhig hierbleiben. Aber wenn Sie wegen Ihrer Kinder Angst haben, dann gehen Sie in Gottes Namen für kurze Zeit nach Dänemark oder Holland. Warten Sie dann dort, bis die Hitler-Affäre vorbei ist, und kommen Sie dann zurück. Eins dürfen Sie auf keinen Fall: Gehen Sie nicht nach Palästina. Die Juden, die Palästina aufbauen nach weltlichen Aspekten, sind nicht fromm und wollen dort ein Werk vollbringen, was dem Messias Vorbehalten ist.“ Der Oberrabbiner hat meinen Vater mit diesen Hinweisen schwankend gemacht. Als er aus Altona zurückkam, wurde im Familienkreis erneut darüber beraten. Meine Eltern blieben schließlich bei ihrer Meinung, daß Hitler mehr als eine Episode sein wird, und entschlossen sich für eine Auswanderung. Im Gespräch waren zunächst Ziele in Südamerika. Da aber Verwandte meiner Mutter schon nach Palästina gegangen waren und dort eine neue Existenz aufgebaut hatten, entschlossen wir uns auch dazu. Wir waren über die Verhältnisse in dem Land schon durch verschiedene Zeitschriften etwas informiert. Nun begannen wir, uns intensiver mit Palästina zu beschäftigen.“

Bei der Beschaffung der Auswanderungspapiere waren Freunde der Familie Monin behilflich. In diesem Zusammenhang erwähnt Schimon Monin ganz besonders die couragierte Flensburger Ärztin Dr. Elisabeth Oschatz-Dethleffsen. Er und andere Flensburger Juden erinnern sich in Dankbarkeit an den Beistand durch diese Frau. Schimon Monin: „Sie war unsere Hausärztin, aber sie war für uns mehr als das. Sie war mit meinen Eltern befreundet und mein persönlicher Schutzengel.“

Das Zertifikat zur Ausreise mußte beim jüdischen Palästinaamt in Berlin beantragt werden. Es arbeitete eng mit britischen Regierungsstellen zusammen, die nur in bestimmten Quoten Einwanderer in das von Großbritannien verwaltete Land ließen. Schimon Monin: „Palästina war ja kein freies Land, es war ein Mandatsgebiet der Briten, die dort das Sagen hatten. Nach 1933 wollten viele deutsche Juden dorthin. Das ging nicht so einfach. Man konnte dort nur reinkommen, wenn man offizielle Papiere hatte. Die illegale Einwanderung hielt sich noch in Grenzen. Ein solches Unternehmen war für eine Familie mit kleinen Kindern zu riskant. Darum

bemühten sich meine Eltern mit aktiver Unterstützung durch Freunde um Einwanderungspapiere für die gesamte Familie.“

Die Monins erhielten die Zertifikate und konnten sich auf die Ausreise vorbereiten. Auch dabei stand ihnen Dr. Oschatz-Dethleffsen hilfreich zur Seite. Aus Angst, daß es zu guter Letzt doch noch Probleme mit der Ausreise geben könnte, trennte sich die Familie für kurze Zeit, in einer Nacht im September 1934 hat die mutige Ärztin den Jungen Simon über die Grenze nach Dänemark gebracht.

Schimon Monin: „Das war eine reine Vorsichtsmaßnahme. In Dänemark bin ich von Leuten in Empfang genommen worden. Wer das war, weiß ich bis heute nicht. Die haben mich — ob unter meinem oder einem anderen Namen, auch das ist mir nicht bekannt — nach Berlin gebracht, wo meine Eltern und meine drei Schwestern schon auf mich warteten. In einer Gruppe von vielleicht 200 bis 300 Juden fuhren wir mit dem Zug bis Triest am Mittelmeer. In etwa zwei Tagen waren wir dort. In dem Hafen von Triest lag ein Schiff namens ‚Italia‘, das uns und viele weitere Einwanderer nach Palästina brachte.“

5. Ankunft in Palästina

Am 3. Oktober 1934 erreichte die „Italia“ Palästina und ging vor Jaffa vor Anker. Wegen der damals noch unzulänglichen Hafenanlagen mußten die Passagiere ausgeschifft werden. In Ufernähe wurden sie von Arabern in Empfang genommen, die — durch das flache Wasser wadend — die Einwanderer an Land trugen. Für sie begann damit ein neuer Lebensabschnitt.

Im benachbarten Tel-Aviv hatten die jüdischen Organisationen ein Übergangslager eingerichtet, durch das alle Einwanderer mußten. Im Falle der Flensburger Familie Monin dauerte es eine Woche, bis alle Formalitäten erledigt waren. Sie erhielt zunächst Platz in Baracken zugeteilt, bis für sie eine Wohnung gefunden war. Schimon Monin: „Das ging alles verhältnismäßig reibungslos und rasch. Es kamen schließlich viele Menschen aus Europa und — seit Hitlers ‚Machtergreifung‘ — besonders aus Deutschland.“

Beim Aufbau einer neuen Existenz war der Inhalt einiger Speditionskisten von Nutzen, die Benjamin Monin von Flensburg vorausgeschickt hatte. Sie kamen einige Monate später als Monins

in Tel-Aviv an. Dennoch: Der Start war schwer.

„Es gab sogar Tage, an denen wir nichts zu essen hatten“ (Schimon Monin). Der Vater arbeitete wieder als selbständiger Schneider und konnte sich langsam einen kleinen Kundenstamm aufbauen. Meist waren es aus Europa stammende Juden, die sich etwas schneidern ließen. Die Familie war froh, eine neue Heimat gefunden zu haben. Dieses Gefühl überlagerte alle Probleme des Alltags, vor allem in den ersten Jahren.

Bevor der damals zwölfjährige Schimon am Schulunterricht teilnehmen konnte, mußte er Vorbereitungsklassen besuchen, um Hebräisch zu lernen: „Hebräisch bedeutet nicht, daß man nur die — allerdings sehr schwere — Sprache lernt, sondern daß man sich gleichzeitig mit unserer Geschichte beschäftigt, also der Bibel. Das ist unser Geschichtsbuch. Und so lernten wir das Hebräische aus dem Geschichtsbuch. Mein Vater, dem bekannt war, daß ich mit jüdischen Bräuchen und Sitten nicht so vertraut war, schickte mich auf eine religiöse Schule. Das war alles sehr fremd für mich. Ich habe mich dort nicht wohl gefühlt. Zusammen mit anderen aus Deutschland stammenden Kindern, denen es ähnlich erging, rebellierte ich gegen diesen Unterricht. So sind wir umgeschult worden in eine andere Schule, in der es nicht so streng religiös zugeht.“

Schimon schloß sich Jugendorganisationen an und trat später der Haganah bei. In dieser jüdischen Selbstverteidigungsorganisation wurden junge Leute illegal militärisch ausgebildet. Seiner Schulzeit schloß sich eine mehrjährige Tätigkeit bei den Briten an, „bis unser Krieg ausbrach“. Also bis 1948, als der Staat Israel ausgerufen wurde und im Gegenzug die Armeen der arabischen Nachbarn in das Land einfielen. Schimon Monin: „Da mußten wir natürlich unsere neue Heimat mit der Waffe verteidigen, und das haben wir getan.“ Er avancierte rasch zum Offizier. Am 9. Januar 1949 — noch mitten im Krieg — heiratete er die aus Düsseldorf stammende Ghana Franken. Im Laufe der Jahre wurden drei Töchter geboren, Ilana, Orna und Daphna.

Seine nächsten beruflichen Stationen: Sportoffizier an einer Kadettenschule, Turnlehrer in einem Kibbuz und Gewerkschaftssekretär. Seit mehreren Wahlperioden steht er dem Personalrat der Arbeiterkrankenkasse für den Bereich Tel-Aviv/Jaffa vor. Dabei handelt es sich um eine Einrichtung der israelischen Gewerkschaft Histad-

rut, die schon vor der Staatsgründung ein Gesundheitswesen für die jüdische Bevölkerung aufgebaut hatte. Die Krankenkasse betreut etwa 85 Prozent der Einwohner Israels und unterhält eigene Polykliniken, Laboratorien, Apotheken, Zahnbehandlungsstationen und Erholungsheime mit insgesamt nahezu 30 000 Mitarbeitern.

6. Wiedergutmachung

Mit der „Wiedergutmachung“ taten sich viele von den Nazis verfolgte Juden schwer. Einmal mit dem Begriff, der suggerieren konnte, Verbrechen jener Art könnten durch finanzielle Zuwendungen gesühnt werden; zum anderen zögerten viele, selbst für materielle Verluste Entschädigungen von deutscher Seite anzunehmen. Als Luxemburger Abkommen ist das nach schwierigen Verhandlungen zustande gekommene Wiedergutmachungsabkommen von 1952 in die noch recht junge deutsch-israelische Geschichte eingegangen. Auch die Monins verhielten sich zurückhaltend. Schließlich entschieden sich Schimons Eltern, eine Wiedergutmachung zu beantragen, um wenigstens den Lebensabend etwas sorgenfreier verbringen zu können.

Schimon Monin: „Auch ich hatte eine innere Sperre, Wiedergutmachungsgelder zu beantragen. Mein Schwiegervater, ein nach dem Kriege ans Oberlandesgericht Düsseldorf zurückgerufener Jurist, ermunterte uns, unser Recht in Anspruch zu nehmen und zumindest den Antrag zu stellen. Wer Skrupel hatte, das Geld anzunehmen — so argumentierte mein Schwiegervater weiter —, der konnte es ja spenden. Das klang überzeugend. Mein erster Antrag wurde zu meiner Überraschung abgelehnt. Ich sei nicht verfolgt worden, ich hätte ja in Flensburg bleiben können, stand sinngemäß in dem ablehnenden Bescheid. Mein Schwiegervater fuhr von Düsseldorf aus nach Flensburg und Kiel und recherchierte vor Ort. In einem neuen Antrag benannten wir unsere damalige Flensburger Hausärztin Dr. Oschatz-Dethleffsen als Zeugin. Nun bekam ich mein Recht und eine Entschädigung. Insgesamt war das aber eine unerfreuliche Affäre.“

7. Wiederannäherung an Flensburg

Dennoch setzte sich Schimon Monin frühzeitig — auch gegen Bedenken im eigenen Land — für eine deutsch-israelische Ver-

ständigkeit ein. Als er 1969 eine Jugendgruppe nach Goslar führte, entschloß er sich spontan, einen kleinen Abstecher nach Flensburg zu machen. Wie diese erste Annäherung an Flensburg nach der Emigration 1934 verlief, schilderte Schimon Monin mit folgenden Worten:

„Ich kam mit der Bahn von Hannover nach Flensburg. Schon ab Schleswig spürte ich innerlich, daß ich mich meiner Geburtsstadt näherte. Ich war gefühlsmäßig außerordentlich erregt, als der Zug den Bahnhof Flensburg erreichte. Ich habe mich erst mal ins Bahnhofsrestaurant gesetzt, um mich bei einer Tasse Kaffee zu beruhigen. Allein die Gewißheit, in Flensburg zu sein, machte mich völlig fertig. Ich konnte nicht aus dem Bahnhof treten und in die Stadt gehen. Ich habe den nächsten Zug genommen und bin wieder zurück nach Goslar zu meiner Gruppe gefahren. Ein Jahr später kam ich nochmals nach Deutschland und habe es erneut mit Flensburg versucht. Diesmal glückte es mir. Ich blieb für einige Tage, sah mir die Stadt an und frischte Erinnerungen auf. Ich habe mich mit Dr. Oschatz-Dethleffsen getroffen, und sie hat mir in der Harrisleer Straße unsere letzte Wohnung vor der Emigration gezeigt.“

Die Kontakte mit Flensburgern haben sich seitdem vertieft. Dazu haben verschiedene gegenseitige Besuche wesentlich beigetragen. „Ich bin zwar kein Deutscher, aber ich bin ein Flensburger wie Sie“, wandte er sich an seine Zuhörer, als er anlässlich seines dritten Besuches in seiner Geburtsstadt vor der Flensburger Gesellschaft der Freunde Israels über seine Kindheit in Flensburg und über seinen weiteren Lebensweg berichtete. „Seine Geburtsstadt kann man nicht so einfach abschütteln.“

8. Eintreten für Verständigung

Schimon Monin glaubt an eine bessere Zukunft und möchte nach Kräften dafür arbeiten: „Grundlage dafür ist aber das Bekenntnis zur eigenen Geschichte — zu den guten und zu den bösen Seiten. Man muß der Vergangenheit offen ins Gesicht sehen und daraus Konsequenzen ziehen, daß sich solche Epochen wie der Nationalsozialismus nicht wiederholen. Dieser Aufgabe habe ich mich

verschrieben. Kernpunkt ist immer wieder, sich der Geschichte zu stellen. Man darf nicht vergessen, und man darf nicht vergessen lassen. Wir reichen gerne unsere Hand zur Verständigung auf der Grundlage der geschichtlichen Wahrheit. Nur eins darf man nicht von uns erwarten — daß wir vergeben. Ich bin ja ein noch glimpflich Davongekommener. Aber ich habe Freunde, die Auschwitz durchgemacht haben. Es ist für uns unmöglich zu verzeihen. Hier zitiere ich unseren Staatspräsidenten Chaim Herzog, der am 6. April 1987 beim Besuch der Gedenkstätte Bergen-Belsen sagte: ‚Kein Verzeihen habe ich mit mir gebracht — und kein Vergessen. Nur die Toten haben das Recht zu verzeihen, und den Lebenden ist nicht erlaubt zu vergessen.‘“

LITERATURHINWEISE

Fritz Graef: Die Juden in Flensburg. Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte. Bd. 69, 1941

Flensburg in der Zeit des Nationalsozialismus, Flensburg 1983 (Schriften der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte, Nr. 32)

Bernd Philipsen: Erst abgewiesen, dann geduldet, zuletzt entrechtet. Sonderausgabe des Flensburger Tageblatts zum 700jährigen Stadtjubiläum. 1984

Die Einstellung norddeutscher Jakobiner zu den Juden *

1. Einleitung

Unter deutschen Jakobinern versteht die Forschung in erster Linie weltbürgerlich gesinnte, bürgerliche Aufklärer, die im Zeitalter der Französischen Revolution am Ende des 18. Jahrhunderts die jenseits des Rheins erkämpften demokratischen Errungenschaften auf Mitteleuropa übertragen wollten. Die Ideen der unveräußerlichen Menschenrechte, der Volkssouveränität und des legitimen Widerstandes gegen die despotische Obrigkeit bildeten die geistigen Waffen, die sie zum Ansturm gegen die aus dem Mittelalter überlieferte Privilegienordnung benutzten. Von revolutionärer Entschlossenheit durchdrungen, wollten sie die theoretischen Forderungen der Aufklärung vom Sollen ins Sein übertragen, um eine von sozialen Zwängen freie, sittliche und gerechte, humane und harmonische Gesellschaftsordnung zu errichten, wobei sie sich in ideologischer und militärischer Hinsicht während der Gesamtdauer der Revolution (1789—99) auf Frankreich, in sozialer Hinsicht auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse und gesellschaftlichen Interessen der mittleren und unteren Schichten Deutschlands orientierten. Die Intellektuellen, die sich im deutschsprachigen Raum zu jakobinischen Positionen durchdrangen, machten einen Erkenntnisprozeß durch, der sowohl durch die eigene soziale Situation und Erfahrung als auch durch die Verschiebung der politischen Gewichtsverhältnisse in Frankreich bedingt war. Aber nur eine Minderheit der deutschen Aufklärer wurde zu revolutionären Demokraten, zu Jakobinern; den meisten fiel es schwer, sich vom anerzogenen Untertanengehorsam zu lösen. Sie blieben dem liberalen, monarchistischen Konstitutionalismus verhaftet und forderten die erblichen aristokratischen Machtträger lediglich auf, ihre Macht freiwillig zu beschneiden und eine Verfassung zu gewähren, die dem

* Druckfassung eines Vortrages, der am 20. 2. 1987 im Rahmen der Tagung „Antisemitismus in Deutschland — in seiner Geschichte, Bedeutung und Wirkung in Vergangenheit und Gegenwart“ in der Akademie Sankelmark gehalten wurde.

wohlhabenden und gebildeten Bürgertum eine gewisse Mitbestimmung zugestand. Da die bestehende Privilegienordnung keinen politischen Zusammenschluß der Untertanen zuließ, existierten keine organisierten und institutionalisierten Parteien mit Programmen und Statuten, und die Grenzen zwischen der liberalen und der demokratischen Strömung waren fließend. Beide antifeudalen und oppositionellen bürgerlichen Richtungen forderten Gewaltenteilung, Aufhebung der Zensur, Freiheit der Rede, des Glaubens und des Handels, Sicherheit der Person und des bürgerlichen Eigentums, Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz, Unabhängigkeit und Öffentlichkeit der Rechtsprechung. In den zeitgenössischen Broschüren, Pamphleten und Abhandlungen gehen liberale und demokratische Postulate, die zuweilen unvereinbar waren, durcheinander. So blieb manchen deutschen Publizisten infolge des Mangels an politischer Praxis und Erfahrung verborgen, welcher entscheidender Unterschied zwischen einer *konstitutionellen* Monarchie bestand, bei der der erbliche Herrscher die oberste Entscheidungsgewalt beibehielt, und einer *parlamentarischen* Monarchie, in der die gewählte Volksvertretung die höchste Instanz und der Exekutive übergeordnet war. Oft finden sich in derselben Schrift eines Publizisten sowohl Bitten an die Fürsten, im eigenen und allgemeinen Interesse Reformen zu gewähren, als auch Appelle an die Untertanen, das unerträgliche Feudaljoch gewaltsam abzuschütteln.

Da der deutsche Jakobinismus niemals zur Macht gelangte, ist es in der Forschung umstritten, welche Kriterien zu seiner Bestimmung unverzichtbar sind; es existiert jedoch ein untrügliches Merkmal, das dem Jakobinismusbegriff scharfe Konturen verleiht; dies ist die Einstellung des betreffenden Aufklärers zu den Juden und zur jüdischen Emanzipation und Gleichberechtigung. Die Forderung, die jüdische Minderheit der christlich-deutschen Bevölkerungsmehrheit rechtlich und politisch gleichzustellen, ist bei der Definition des Jakobinismus ein wichtiger Gradmesser; Judenfeindschaft und Jakobinismus sind kontradiktorische, absolut unvereinbare Begriffe. Je mehr der einzelne Aufklärer die soziale Vertiefung der Revolution voranzutreiben suchte, je mehr er also auf aktive Beteiligung der Volksmassen an den politischen Entscheidungen drängte, desto eifriger war er auch bemüht, die realen und bewußtseinsmäßigen Ghettomauern niederzureißen, die

die Juden von der übrigen Bevölkerung trennten. Das Ziel der weltbürgerlich und gleichzeitig patriotisch gesinnten Jakobiner war die Errichtung demokratischer Freistaaten, in denen die brüderliche Gemeinschaft aller Staatsbürger — ungeachtet ihrer ethnischen Herkunft, ihrer Religion, ihres Eigentums und ihrer gesellschaftlichen Stellung — an die Stelle des bestehenden Antagonismus zwischen privilegierter Minderheit und politisch rechtloser Mehrheit treten sollte.

Ein bedeutender Sammelpunkt von Republikanern und Jakobinern entstand zu Beginn der Französischen Revolution in Altona in Holstein, das zu Dänemark gehörte und seit langem einer der wichtigsten Plätze des norddeutschen Zeitungswesens war. Die dänischen Könige hatten Altona die Presse-, Religions- und Gewerbefreiheit verliehen (daher die Straßennamen „Große“ und „Kleine Freiheit“ in Altona-St. Pauli). Im Jahre 1770 verkündete der aus Altona stammende Reformler Johann Friedrich Struensee die Aufhebung der Zensur in ganz Dänemark, was die Bedeutung Altonas für das Pressewesen bedeutend erhöhte. Struensees Nachfolger, der aufgeklärte dänische Staatsmann Graf Andreas Peter Bernstorff, behielt die Pressefreiheit während der Epoche der Französischen Revolution bei. Auch in Hamburg herrschten milde Zensurbestimmungen; daher wählten einige radikale Demokraten, die aus anderen Gebieten des Deutschen Reiches vertrieben worden waren, diese Städte zu ihrem Wohnort, um in Zeitschriften die Ideen der Revolution zu propagieren.

2. *Friedrich Wilhelm von Schütz*

Die Zentralfigur der norddeutschen Jakobiner war der aus Sachsen stammende Journalist und Schriftsteller Friedrich Wilhelm von Schütz, der in Feipzig Jura studiert hatte, dort zum glühenden Anhänger Lessings geworden war und ebenso wie dieser größte deutsche Aufklärer eindringlich für die Emanzipation der Juden eintrat. Dies geht aus einer der ersten Schriften von Schütz hervor, die er 1781 verfaßte: der „Apologie, Lessings dramatisches Gedicht Nathan den Weisen betreffend, nebst einem Anhang über einige Vorurteile und nötige Toleranz“. Im Jahre 1787 ließ sich Schütz in Altona nieder und veröffentlichte ein Büchlein „Leben und Meinungen Moses Mendelssohns“. In dieser anonym erschienenen Arbeit betonte Schütz, daß es Mendelssohns Leistung

gewesen sei, der Welt die gerechten Klagen einer bedrückten Nation vorzulegen und zu erweisen, daß die Juden brave Menschen und gute Bürger sein können. Nur der Zufall habe die Christen zur stärkeren Partei gemacht, was aber ihnen noch kein Recht gebe, die Juden unter Druck zu halten und zu erniedrigen.

Schütz war seit seiner Leipziger Studentenzeit begeisterter Freimaurer und wurde vom Freiherrn von Knigge als Mitglied des radikalauflärerischen Illuminatenordens geworben. Dieser Orden, der scharfe Kritik an der bestehenden Privilegienordnung übte, die Intoleranz bekämpfte und sich bemühte, Einfluß auf die Staatsführung zu gewinnen, wurde 1784 verboten. Schütz, der zeitlebens größtes Interesse an sozialen Fragen hatte, blieb den Grundsätzen der Verbindung der Illuminaten auch nach ihrer Auflösung treu und suchte sie in anderen Logen zur Geltung zu bringen. „Wer das Elend des menschlichen Lebens nie oder selten erfahren hat“, schrieb Schütz in einer Verteidigung des Illuminatenordens, „dessen Anhänglichkeit an den Orden wird schwach sein. Wer der Schwachen nicht spottet, . . . dieser ist der Mann für uns.“

Es nimmt nicht wunder, daß dieser ehrgeizige, gebildete und mit den bestehenden Zuständen unzufriedene Literat zum wirkungsvollsten Propagandisten der Französischen Revolution in Norddeutschland wurde. Im Juli 1792, nach Kriegsbeginn gegen Frankreich, begann er das revolutionäre Journal „Niedersächsischer Merkur“ herauszugeben, in dem er sich mit Erhebungsappellen an das deutsche Volk wandte. Im Schutz der dänischen Pressefreiheit und der milden Hamburger Zensur rief er die Untertanen der absolutistischen Staaten auf, ihre wahren Interessen zu erkennen und mit den französischen Revolutionären gemeinsame Sache zu machen. Er erkannte, daß die vereinzelt deutschen Demokraten, die beim Mangel einer Partei untereinander wenig Verbindung hatten, niemals allein den Sturz der adeligen Willkürherrscher bewerkstelligen und damit das leisten konnten, was das Bürgertum als Klasse versäumte. Die Jakobiner konnten nur als Bannerträger des bürgerlichen Fortschritts fungieren; zur Geburt der neuen Sozialordnung, die im Schoß des Feudalismus allmählich herangereift war, war die geballte Kraft der Volksmassen unerlässlich.

Es ist sehr charakteristisch, daß Schütz diese Einsicht gerade im Zusammenhang mit der jüdischen Emanzipation aussprach. Er hütete sich in seiner Zeitschrift, die Verfassung der Freien und

Hansestadt Hamburg zu kritisieren, weil er kein Verbot riskieren wollte; daher griff er, um die Diskriminierung der Juden anzuprangern, zum Mittel, sich selbst einen Leserbrief zu schreiben und diesen dann zu veröffentlichen. Dieser Brief wies darauf hin, daß die Hamburger Juden in ihrem Gewerbe eingeschränkt und von jeder Zunft ausgeschlossen seien. Sie dürften nur in bestimmten Straßen wohnen und müßten höhere Steuern und Abgaben als die christlichen Einwohner bezahlen. Dadurch zwingt man die Juden, sich ihren Lebensunterhalt durch Wucher zu verdienen. — Der Brief forderte Schütz auf, etwas zum „Besten dieser gedrückten Elenden zu unternehmen“.

In seiner Antwort, die er dem Abdruck dieses Briefs in seinem Blatt folgen ließ, ging Schütz über das Thema der Judenemanzipation hinaus und erklärte seinen Lesern, daß dies nur ein Teilbereich der notwendigen Selbstbefreiung vom Druck der überlieferten Gewalten sei. Die Lösung des Problems gehe über die Kräfte des einzelnen Publizisten hinaus. „Wir können“, schrieb er, „dem Publikum nur insofern nützlich werden, als wir die Werkzeuge sind, herrschende Vorurteile zu bestreiten und richtige Ideen über diesen oder jenen Gegenstand schneller als gewöhnlich in Umlauf zu bringen. Um uns einer passenden Allegorie zu bedienen, so sind wir gleichsam die Geburtshelfer, die Entbindung zu erleichtern, und wir sehen den verständigen Teil des Publikums als die Gebälerin an, die eigentlich die Hauptrolle spielen muß, und welcher wir die Entbindung erleichtern helfen.“ Er forderte seine Leser auf, „eine gründliche Untersuchung der Beschwerden der jüdischen Nation“ anzustellen und ihm Beiträge über dieses Thema einzusenden. Tatsächlich entspann sich in den folgenden Nummern des Blattes eine Debatte zwischen Gegnern und Befürwortern der Judenemanzipation, wobei auch ein Jude das Wort ergriff. Er beklagte sich über die Diskriminierung, Diffamierung und Intoleranz, der die Juden seitens der kirchlichen und weltlichen Behörden Hamburgs ausgesetzt waren, und widerlegte einige Anwürfe seiner Gegner. Schütz, der in die Debatte ein-griff und sie mit seinen Kommentaren begleitete, forderte die christliche Mehrheit auf, die Scheidewand der Unduldsamkeit über den Haufen zu werfen und die Juden als gleichberechtigte Mitbürger anzuerken-

nen; an die Adresse der Juden war folgende höfliche Bemerkung gerichtet;

„Nach unserer Meinung könnte den Juden das Bürgerrecht auf keine andere Art nützlich sein, als wenn sich solche entschließen würden, den Teil ihres Zeremonialgesetzes fallen zu lassen, der zwischen ihnen und den Christen die Scheidewand im bürgerlichen Leben bildet. (...) Die Juden würden wohl tun, durch Aufhebung verschiedener Stücke ihrer Verfassung sich den Christen zu nähern, denn um so schneller würde diese Scheidewand wegfallen. (...) Doch wir bescheiden uns gerne geirrt zu haben, und sind weit entfernt, Widersprüche für Beleidigungen ansehen zu wollen“.

3. *Die christlich-jüdische Freimaurerloge „Einigkeit und Toleranz“*

Ich habe vorhin erwähnt, daß der jakobinische Publizist Schütz begeisterter Freimaurer war, der sich bemühte, die Grundsätze der gesellschaftlichen Gleichheit zu propagieren und zumindest innerhalb der sektenmäßigen Logenverbindung durchzusetzen. Das ideale Ziel der Freimaurer war die Überwindung der Schranken, die zwischen Nationen, Religionen und Ständen aufgerichtet waren. Innerhalb des Maurerbunds war der Bürger kein Untertan der Staatsgewalt mehr, sondern Mensch unter Menschen; dort fiel jede Rücksicht auf einengende Standesvorrechte fort. Der ehemalige Illuminat Schütz, der als Anhänger Lessings starkes Mitgefühl mit dem Schicksal der Juden hegte, überwarf sich mit den Mitgliedern der Loge „Ferdinand zum Felsen“, der er angehörte, als diese sich weigerte Juden aufzunehmen. Er schloß sich der Loge „Einigkeit und Toleranz“ an, an deren Spitze ein jüdischer Kaufmann stand, dem es „weder an äußerer noch an wissenschaftlicher Bildung fehlte“. Diese Loge, die sich etwa Anfang 1792 in Altona konstituierte, unterschied sich von anderen Freimaurerbünden dadurch, daß sie Juden als gleichberechtigte Mitglieder aufnahm. Sie wurde deswegen von den anderen verächtlich als „Winkelloge“ bezeichnet.

Die Mitgliedschaft der Loge bestand aus Männern, deren Herkunft, Bildungsgrad und Besitzstand unterschiedlich waren. Durch die Denunziation eines Spitzels, der in der Verbindung einen jakobinischen umstürzlerischen Geheimbund vermutete, sind uns die

Namen von elf Mitgliedern bekannt. Es waren dies:

- Der jakobinische Publizist Friedrich Wilhelm von Schütz, der im Winter 1792/93 als Logenmeister fungierte;
- der aufklärerische Schriftsteller Heinrich Christoph Albrecht, der ebenfalls jakobinischen Ideen nahestand;
- der Direktor des Hamburger Theaters Friedrich Ludwig Schröder, ein Stückeschreiber und bekannter Schauspieler seiner Zeit;
- der Redakteur der Zeitung „Altonaischer Mercurius“, Gottlob Christoph Ni- chelmann;
- der Professor an der Gelehrtenschule Altonas, dem „Christia- neum“, Masius Feldmann;
- der Inhaber einer großen Strumpffabrik, Johann Wilmsen Pa- ap;
- ein Lichtgießer aus Altona, Thomas Friedrich Detze;
- die beiden Buchhändler Friedrich Bachmann und Johann Heinrich Gundermann, die einige jakobinische Schriften verlegten;
- der jüdische Bankier Elias Israel, der am Dreckwall in Ham- burg wohnte und die französische Staatsbürgerschaft angenom- men hatte;
- der jüdische Textilkaufmann aus Altona Jakob Labatt, der wahrscheinlich bei der Gründung der Loge Meister vom Stuhl war.

Vermutlich gehörte der Loge auch der jüdische Journalist Chaim Salomon Pappenheimer an; sicher ist es, daß außer den beiden Logenbrüdern Israel und Labatt auch andere Juden Mitglieder waren. Die Sitzungen, bei denen belehrende und unterhaltende Vorträge über Moral, Geschichte und Philosophie gehalten wurden, fanden ein- oder zweimal wöchentlich statt. Die Loge hatte ein eigenes Ritual entwickelt, das nicht wie bei anderen Freimaurerbünden bloß in leeren Zeremonien bestand. Alle Meinungsverschiedenheiten wurden nach Stimmenmehrheit entschieden. Geheimabstimmung und Ballotage gab es nicht. Es existierte auch kein Geheimnis vor den neu eintretenden Logenbrüdern und kein Hochgradsystem, da alle Mitglieder der Ansicht waren, „daß alle höheren Grade bloß auf Geldprellerei hinauslaufen“. Meister, Schatzmeister und Almosenpfleger wurden durch Stim-

menmehrheit gewählt und waren verpflichtet, die genaueste Rechnung abzulegen. Damit realisierte die Loge innerhalb ihres Zirkels einige jener bürgerlichen Forderungen, die die Demokraten im gesamten Staatswesen zur Geltung bringen wollten. Die Logenverfassung setzte einen jährlichen Wechsel von Meister und Beamten fest, so daß in einem Jahr ein christlicher und im darauffolgenden ein jüdischer Bruder Meister war. Die Beamtenstellen der Loge waren ebenfalls paritätisch, halb mit christlichen und halb mit jüdischen Brüdern besetzt.

Der Zweck dieser jüdisch-christlichen Loge war es, „die echte Freimaurerei in ihrer Reinheit wiederherzustellen“ und von allen Auswüchsen des Aberglaubens zu reinigen. Die Aufnahme der Mitglieder erfolgte nach moralischen Kriterien, wobei es auf Religionszugehörigkeit nicht ankam. „Türken, Christen und Juden sind unsere Brüder“ heißt es in einer Verlautbarung der Loge. „Wir glauben, daß die Wahrheit und Weisheit keine Fabrikware sind, die eines Monopols oder Patents bedürfen“. Da einige Mitglieder „reiche Kapitalisten“ waren, konnte die Loge Einrichtungen zum Wohl der Allgemeinheit schaffen. Sie stiftete eine Bibliothek, für die man „Bücher über Philosophie, Religionsgeschichte, Naturlehre, Chemie, Geschichte der Menschheit und schöne Wissenschaften“ ankaufte. Die Mitglieder stellten Summen für die Errichtung eines Krankenhauses zur Heilung armer Hilfsbedürftiger, besonders Juden, zur Verfügung, da die öffentliche Armenanstalt nur Christen aufnahm. Die Gründung einer Schule für arme jüdische Kinder sollte dazu dienen, daß „diese bisher zu Unrecht so sehr vernachlässigte Volksklasse Gelegenheit habe, etwas anderes als schachern zu lernen“. Am 10. März 1792 beschlossen die Logenbrüder einmütig, den Betrag von hundert Mark für ein Lessingdenkmal zu spenden, zu dessen Errichtung der Schauspieldirektor Wilhelm Friedrich Großmann aufgerufen hatte. Der Logensekretär sandte das Geld an den Pädagogen, Philanthropen und französischen Ehrenbürger Joachim Heinrich Campe nach Braunschweig und fügte einen Brief bei, in dem es hieß:

„Zwar glaubten sämtliche Mitglieder dieser Loge, daß ein Mann, wie Lessing war, eigentlich keines Denkmals bedarf, denn sein Andenken kann nur mit der Vernunft zugleich erlöschen; und dies wird (...) nie geschehen. Da indessen der Vorschlag zur Errichtung

dieses Denkmals einmal geschehen ist, so muß die Sache nicht durch Mangel an Beiträgen unausgeführt bleiben, sonst könnten die Ausländer vielleicht den Deutschen Kälte gegen deutsches Verdienst Schuld geben, und Lessings Feinde, deren Zahl so groß ist wie die Zahl der schiefen Köpfe, würden heimlich darüber frohlocken.“

Campe wandte sich daraufhin an die Öffentlichkeit mit der Bitte, ihm weitere Beiträge für die Errichtung des Lessingdenkmals einzusenden; es wurde im Jahre 1795 aufgestellt und befindet sich heute in der Herzog-August-Bibliothek in Wolfenbüttel. Damit ist eine Spur der Wirksamkeit der jüdisch-christlichen Freimaurerloge „Einigkeit und Toleranz“, die von Jakobinern geleitet wurde, erhalten geblieben.

Es ist charakteristisch, daß die Demokraten für ihre Zusammenkünfte die Organisationsform einer Freimaurerloge wählten. In diesen Keimzellen bürgerlichen Gesellschaftslebens diente der Schleier des Geheimnisses als Schutz vor unerwünschten Elementen. Innerhalb ihres Kreises konnten sich die Mitglieder der Vorstellung hingeben, die im öffentlichen Leben bestehenden Standesschranken durchbrochen und niedergerissen zu haben; die Juden hatten dort die ersehnte soziale Gleichberechtigung bereits erreicht.

Die anderen Logen sahen wegen der Anwesenheit von Juden auf die Verbindung mit Verachtung hinab und verboten ihren Mitgliedern bei Strafe der Suspension, an den Sitzungen der „Winkelloge“ teilzunehmen. Dennoch waren wegen der interessanten Vorträge oft andere Freimaurer zu Gast, die sich um den „Bannstrahl“ ihrer Bünde nicht kümmerten. Schütz rechtfertigte seine Teilnahme, indem er in der Loge „Ferdinand zum Felsen“ einen Vortrag über das Thema „Was sind Winkellogen“ hielt. Er gestand den anderen Verbindungen kein Recht zu, die maurerische Freiheit einzuschränken und lehnte es ab, Juden, die er für „sehr artige, bescheidene Gesellschafter“ hielt, „von der Weihe zum Maurer“ auszuschließen. Christus und Salomo seien Juden gewesen. „Alles kommt nur auf den Charakter an, Religion tut nichts zur Sache“ rief der Jakobiner aus.

4. *Heinrich Christoph Albrecht*

Eines der Logenmitglieder der jüdisch-christlichen Verbindung war der Hamburger Schriftsteller Heinrich Christoph Albrecht, der eine Zeitlang in Nachahmung Lessings eine „Neue Hamburgische Dramaturgie“ herausgegeben hatte. Der Arzt und Nationalökonom Johann Heinrich Albert Reimarus, einer der führenden Hamburger Liberalen, der mit Lessing eng befreundet gewesen war, schätzte Albrecht als „scharfsinnigen und philosophischen Kopf“. Albrecht war auch mit dem führenden ehemaligen Illuminaten, Freiherrn Adolf von Knigge, bekannt, und schrieb zu dessen Verteidigung zwei Broschüren, als Knigge vom konservativen Hofrat Johann Georg von Zimmermann aus Hannover als Volksaufwiegler und Revolutionsprediger bei den Behörden denunziert wurde.

Albrechts 1792 erschienenes Hauptwerk „Versuch über den Patriotismus“ faßte die jakobinischen Grundsätze und Zielvorstellungen präzise zusammen und ging teilweise sogar über den Begriffshorizont der bürgerlichen Aufklärung hinaus. Sein politisches Staatsideal war eine auf Volkssouveränität beruhende parlamentarische Republik, in der das gebildete Bürgertum die Führung übernehmen sollte, die Menschenrechte garantiert waren und jedes Individuum seine Fähigkeiten frei entfalten konnte. Er sah voraus, daß Naturkunde und Technologie dem Menschen die Beherrschung der Erde ermöglichen würden, ahnte die ökonomische Bedingtheit geistiger und politischer Prozesse, und stieß bereits zur Erkenntnis vor, daß auf privatem Eigennutz beruhende bürgerliche Gesellschaftsordnung weder die Klassenantagonismen aufheben noch eine moralische Politik betreiben werde. Obwohl er keinen gangbaren Weg zur Überwindung der sozialen Gegensätze aufzuzeigen vermochte, erhob er seine Stimme für die von der Obrigkeit Eingeschücherteten und Unterdrückten und war von tiefem sozialen Mitgefühl erfüllt.

Es ist überaus aufschlußreich, welche Haltung dieser progressive Wortführer der deutschen Intelligenz zu den Juden einnahm. Am 4. Oktober 1792 hielt Albrecht in der Freimaurerloge „Einigkeit und Toleranz“ eine Rede, in der er betonte, daß das Festhalten der Juden an ihrem orthodoxen Glauben mit dem Staatswohl unvereinbar sei. Die Lösung der Judenfrage erblickte er in der Absage an den talmudisch-rabbinischen Mosaismus, der die Emanzipation verhindere. „Die Juden“, sagte Albrecht, „sind eine Nation, die

kein Vaterland hat, und sich in allen den Ländern, wohin ihr reisendes Leben sie führt, mit ihrer belastendsten Bürde schleppt, die allenthalben wohin sie kommt, das Schlimmste was sie hat, mitbringt, ihre eigene Verfassung; eine Verfassung, die der Kultur Trotz bietet, Veredlung ausschließt, und Knechtschaft an die Stelle der Moral und Humanität setzt. (. . .) Die jüdische Nation kann eines besseren Schicksals, als sie durch Schuld ihrer Verfassung bis dahin in Europa genießt, allein dadurch empfänglich werden, daß sie sich einer reinen Achtung guter Gesinnungen befleißigt, und schlechte Handlungen mit der Unparteilichkeit einer strengen Gerechtigkeitsliebe verachten lernt.“

Diese Rede wurde von den jüdischen Freimaurern so mißbilligt, daß Albrecht es für notwendig ansah, seinen Standpunkt in einem Aufsatz mit dem Titel „Über die Veredlung der jüdischen Nation“ zu erläutern, der im März 1793 im „Schleswigschen Journal“ erschien. Er berichtete dort mit Stolz, daß der „edle“ und „sanfte“ Mendelssohn sein „Lehrer und Freund“ gewesen sei und daß er mit ihm in Briefwechsel gestanden habe. Von seiner Position, die in seiner Rede zu erkennen war, rückte er jedoch nicht ab, weil sich die Juden, wie er meinte, nicht den Moralgesetzen der anderen Völker fügen wollten.

„Solange die Juden mit dem Joche jenes göttlichen Gesetzes auf dem Nacken, das ihnen der Ewige auferlegt haben soll, Rechte von uns verlangen, sind sie ein Volk, das mit den Waffen in der Hand unterhandeln will. Daß sie bitten und flehen, und an unsere Menschenliebe appellieren, macht keinen Unterschied. Diese Bitten und Appellationen um und an Toleranz sind auch Waffen. (...) Noch bis zu diesem Augenblick fordert das unglückliche Volk nicht allein Vergünstigungen, Schutz und Beistand von uns, sondern selbst die Verbesserung der Nation wird aus unseren Händen erwartet.“

Das „auserwählte Volk“ der Juden erwartete — wie Albrecht in ironischer Abwandlung einer Bibelstelle sagte — „ihr Heil von den Heiden“. Sie hätten es dem Menschenfreund Dohm überlassen, Pläne zu schmieden, um sie von ihrem Joch zu befreien. Moses Mendelssohn habe in seinem Buch „Jerusalem“ aber ausdrücklich betont, daß die Juden lieber auf staatsbürgerliche Rechte verzichten als von der strikten Einhaltung der Religionsgesetze abwei-

chen würden. — Diese starre Weigerung, die Lehren des Judentums mit dem Kulturbewußtsein der Zeit auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, zeugte laut Albrecht von „Steifsinn“ und „Dummheit“. Das Christentum sei ursprünglich nichts anderes als eine Abart des Judentums gewesen, habe aber durch die Reformation dem freien Geist der Humanität seine Pforten geöffnet.

Albrecht wollte also den Juden alle staatsbürgerlichen Rechte zugestehen und sie gesellschaftlich integrieren, knüpfte aber daran die Forderung, ihre kulturelle Identität aufzugeben, die ja mit ihren Traditionen, Sitten und Religionsgesetzen unlöslich verbunden war. Er erkannte zwar die Existenz einer eigenen jüdischen Nation ausdrücklich an, übersah jedoch, daß bei den Juden — im Gegensatz zu anderen Völkern — Religion und Nation, Glaube und Volkszugehörigkeit identisch waren, daß sie also nicht auf das eine verzichten konnten, ohne das andere zu verlieren. Die Teilnahme der Juden am politischen und kulturellen Leben mußte zur Folge haben, daß sie sich im Laufe der Zeit nicht mehr als Angehörige des jüdischen Volks, sondern des Staats fühlen würden, in dem sie lebten. Aus jüdischer Sicht bedeutete dies also, daß die erstrebten staatsbürgerlichen Rechte nur auf Kosten des Prinzips der Einheit von jüdischer Religion und jüdischer Nation durchzusetzen waren. Es sollte sich herausstellen, daß dieses Dilemma unaufhebbar war, und daß die Juden nur durch Taufe — wozu weder Albrecht aufrufen wollte noch die jüdischen Logenmitglieder bereit waren — im deutschen Volk aufgehen konnten.

Albrechts Haltung zur Judenemanzipation besaß gewisse Ähnlichkeit mit der Auffassung des Grafen Clermont-Tonnerre, der als Abgeordneter des Reformadels während der Emanzipationsdebatte in der französischen Konstituante im Dezember 1789 die berühmte Formulierung prägte: „Den Juden als Menschen alles, als Nation nichts.“ Albrecht, der in Anlehnung an die Praxis der französischen Revolutionäre die Aufhebung aller traditionellen Sonderrechte einzelner Gruppen der Bevölkerung forderte, negierte die Besonderheit der jüdischen Existenz im Namen der allgemeingültigen Menschenrechte.

5. *Heinrich Würzer*

Die Freimaurerloge „Einigkeit und Toleranz“ bildete eines der

wichtigsten Zentren der demokratischen Tätigkeit in Hamburg und Altona. Nachdem Friedrich Wilhelm von Schütz auf Drängen des preußischen Gesandten am Niedersächsischen Kreis, Göchhausen, als Jakobiner aus der Hansestadt im Frühjahr 1793 ausgewiesen worden war, trat einer seiner Gesinnungsfreunde, der Hamburger Demokrat Heinrich Würzer, an seine Stelle. Würzer, der in Göttingen Philosophie studiert und dort eine Zeitlang als Privatdozent gewirkt hatte, war ebenso wie Schütz begeisterter Anhänger Lessings. In seiner Monatsschrift „Deutsche Annalen“, die er vor dem Ausbruch der Französischen Revolution 1784 herausgab, forderte er, der jüdischen Minderheit volle Bürgerrechte zukommen zu lassen und beschuldigte die orthodoxe protestantische Geistlichkeit Hamburgs, der religiösen Intoleranz und der in allen Gesellschaftsschichten verbreiteten Judenfeindschaft Vorschub zu leisten. Würzer fand es skandalös, daß die Polizei der Hansestadt nicht einschritt, wenn, wie es öfters geschah, „ein mutwilliger Pöbel in seinem ausschweifenden Judenhaß jüdische Leichenbegängnisse verspottet und den Trauerwagen besudelt“; er forderte auch, die allgemeinen Schulen der jüdischen Jugend zugänglich zu machen. „Niemand darf sich einbilden, Juden werden von unserem Volke als Menschen behandelt!“ rief der Aufklärer empört aus.

Würzer wurde von den Logenmitgliedern im Jahre 1793 zum Leiter der jüdisch-christlichen Privatschule ernannt, die sich auf dem Raboisen, später beim Dammtorwall in Hamburg befand. Es war eine überkonfessionelle Lehranstalt, in der man keinen Religionsunterricht erteilte. Kinder aus christlichen und jüdischen Familien wurden dort gemeinsam im Geist des Humanismus und der Emanzipation frei von religiösen und sozialen Vorurteilen erzogen. In einigen Reden, die Würzer in verschiedenen Freimaurerlogen hielt, suchte er die Hörer für die christlich-jüdische Schule zu interessieren.

Zu Beginn des Jahres 1794, während der Herrschaft des jakobinischen „Großen Wohlfahrtsausschusses“ in Frankreich, begann Würzer mit der Publikation einer Wochenschrift, die er „Historisches Journal“ nannte und die als eines der radikalsten Zeitschriften Deutschlands während der Revolutionsperiode anzusehen ist. Es war ein Agitationsorgan, das offen für die politischen und militä-

rischen Ziele der jakobinischen Revolutionsregierung Frankreichs warb.

Zu Würzers Mitarbeitern gehörten die beiden Juden Elias Israel und Chaim (Heymann) Salomon Pappenheimer, die dem norddeutschen Jakobinerzirkel nahestanden. Elias Israel war ein wohlhabender Bankier, der Mitglied der Loge „Einigkeit und Toleranz“ war und die französische Staatsbürgerschaft angenommen hatte. Pappenheimer, der aus Schlesien stammte, hatte eine Biographie des namhaften jüdischen Philosophen und Reformers Naphtali (Hartwig) Wessely geschrieben, der mit Lessing und Moses Mendelssohn befreundet gewesen war. Seit 1792 fungierte Pappenheimer als wichtigster Mitarbeiter des Publizisten Johann Wilhelm von Archenholz, für dessen Monatsschrift „Minerva“ er viele Berichte aus der Französischen übersetzte.

Die Mitarbeiter des „Historischen Journals“ teilten die redaktionelle Arbeit untereinander. Würzer verfaßte die politischen Leitartikel, die die Leistungen der jakobinischen Regierung Frankreichs rühmten; Pappenheimer redigierte Berichte aus England und beförderte das Manuskript wöchentlich zum Druck, und Israel finanzierte das Blatt und sorgte für Absatz. Der Preis der Wochenschrift, die den meisten Hamburger Senatoren gratis ins Haus geliefert wurde, war niedrig angesetzt, der Verleger sandte sie an verschiedene Orte im Reich und nahm Vorbestellungen an.

Der preußische Gesandte in Hamburg, der bereits ein Jahr zuvor auf die Ausweisung des Jakobiners Schütz gedrängt hatte, wandte sich gemeinsam mit den Gesandten Österreichs und Englands an den Hamburger Senat und forderte ihn auf, das „Historische Journal“ wegen des „äußerst anstößigen, die größten Mächte Europas höchst beleidigenden Inhaltes“ zu verbieten. Die drei Gesandten forderten den Oberpräsidenten Altonas, Ludwig von Steemann, auch auf, „diese mit Vermessenheit Aufruhr predigende Wochenschrift mit allem Ernste einstellig zu machen und den Verfasser sowohl als den Drucker nach den Buchstaben der bestehenden allgemeinen Rechtsgesetze gehörig zu bestrafen“.

Die Hamburger und Kopenhagener Behörden gaben dem Druck der drei verbündeten Mächte nach. Der Senat der Hansestadt verbot den Vertrieb des Blattes, die Deutsche Kanzlei untersagte dem Altonaer Verleger Hammerich den Druck. Im ganzen waren

fünf Stücke erschienen.

Kurz darauf, am 28. Februar 1794, wurde Israel aus Hamburg ausgewiesen, weil man einen von ihm unterschriebenen Brief an den Pariser Revolutionär Georges Couthon aufgebrochen hatte, in dem er die Verbreitung der französischen Revolutionsprinzipien versprach. Diesem Brief hatte Israel die erste Nummer des „Historischen Journals“ als Beleg beigelegt. Das Schreiben war nach dem neuen Revolutionskalender datiert. Israel begab sich nach Paris. Würzer, der unangefochten blieb, rechtfertigte auch in seinen späteren Zeitschriften, dem „Patriotischen Volksredner“ und den „Neuen Hyperboreischen Briefen“ die Politik der französischen Jakobiner und schrieb die Exzesse, die die Revolution befleckten, den Untaten einzelner zu. Er führte die jüdisch-christliche Schule bis zu deren Schließung im Jahre 1808 — während der französischen Besetzung Hamburgs — weiter. In seinen späteren Lebensjahren unterrichtete er an einer anderen Schule und nahm auch Privatschüler an; einer von diesen war Gabriel Rießer (1806—63), der zur ersten Generation emanzipierter Hamburger Juden gehörte. Rießer, der das renommierte Hamburger Gymnasium, das Johanneum, besuchte, wohnte im Hause Würzers und erinnerte sich zeitlebens mit Dankbarkeit an den alten Demokraten. Rießer studierte Jura und fungierte im Jahre 1848 eine Zeitlang als Vizepräsident der Frankfurter Nationalversammlung in der Paulskirche. Er entwickelte sich zum wichtigsten Vorkämpfer für jüdische Emanzipation in Deutschland.

6. *Georg Conrad Meyer*

Auch der junge Flensburger Jakobiner Georg Conrad Meyer, der in den Jahren 1796/97 die Wochenschrift „Der neue Mensch“ publizierte, forderte die Gleichberechtigung der Juden. Meyer, der als überzeugter Republikaner und Anhänger der Revolutionsideale zu den radikalsten Demokraten Deutschlands gehörte, setzte sich zeitlebens für benachteiligte Bevölkerungsgruppen und Minderheiten ein. Er forderte die Gewerbefreiheit und die Abschaffung der veralteten und verrotteten Zünfte, die die Entwicklung des Wirtschaftslebens verhinderten, trat für die Rechte der in miserablen Umständen lebenden Handwerksgesellen ein und drängte auf die Emanzipation der Frauen, die in der Privilegienordnung unter-

drückt und diskriminiert waren. Meyer rief dazu auf, der jüdischen Minderheit alle Bürgerrechte zu gewähren und ihnen zu ermöglichen, alle Berufe zu erlernen, damit sie ihren Lebensunterhalt auch auf andere Weise als durch Trödel und Pfandleihe erwerben konnten. „Christliches Geschlecht, werde menschlich!“ rief Meyer in seiner Zeitschrift aus. „Wer als du ist schuld an der großen Entmenschung der Juden?“ Er betonte, daß die Juden keineswegs — wie allgemein angenommen wurde — infolge irgendwelcher natürlicher Anlagen oder wegen ihrer Religion ihre elende soziale Lage selbst verschuldet hätten, sondern daß vielmehr die jahrhundertlange Unterdrückung und Verfolgung durch die christliche Bevölkerungsmehrheit sie zu einem gehetzten und erbärmlichen Leben gezwungen habe. Die Christen hätten also, wie Meyer sagte, die Juden „durch die Beraubung ihrer Menschenrechte beleidigt und in Sklaverei“ getrieben. „Unter dem Despotismus des Orients ist diese Sekte glücklicher als in den europäischen Monarchien und Aristokratien!“ schrieb Meyer empört. Daher müsse man die Juden der Menschenrechte teilhaftig werden lassen, wie es in Frankreich geschehen sei.

7. Ausblick

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die deutschen Jakobiner zwar nicht vermochten, die Emanzipation der Juden in Deutschland zu verwirklichen; aber es gelang ihnen ja auch nicht, die eigene Freiheit zu erobern. Erst die siegreichen Heere der Revolution und Napoleons zertrümmerten die Judenghettos Deutschlands und bahnten den Weg zur Befreiung ihrer Bewohner von den entwürdigenden Ausnahmegesetzen. Juden erhielten bürgerliche Rechte zuerst in den von Frankreich annektierten Gebieten Deutschlands, also im Linksrheinischen; die von Napoleons Bruder Jérôme 1808 verkündete Verfassung des Königreichs Westfalen verankerte die volle Gleichstellung der Juden, die ausnahmslos alle Rechte wie die christliche Bevölkerungsmehrheit erhielten. Damit hatten die Revolutionsideale von der Freiheit, der Gleichheit und der Brüderschaft aller Nationen zum ersten Mal unter der Herrschaft französischer Machthaber auf deutschem Boden Eingang gefunden.

ANMERKUNG:

Alle Zitate der vorliegenden Abhandlung sind nachgewiesen und belegt bei Walter Grab: Ein Volk muß seine Freiheit selbst erobern. Zur Geschichte der deutschen Jakobiner. Frankfurt/M.: Büchergilde Gutenberg 1985. (Siehe dazu auch die ausführliche Rezension von Ulrich Schulte-Wülwer in: Grenzfriedenshefte 1/87, S. 51 f.)

Nationalbewußtsein und Klasse

*Bauern und Arbeiter in der dänischen Bewegung in Nordschleswig vor dem Ersten Weltkrieg**

1. Nationale und soziale Solidarität

Zwei Zitate sollen diese Darstellung über Nationalbewußtsein und Klasse in Nordschleswig während der Zeit von etwa 1880 bis 1914 einleiten. Das erste Zitat stammt aus einem Wahlauf Ruf, den die Führung der dänischen Bewegung vor der Wahl von 1898 an die Arbeiter in Nordschleswig richtete. Es lautet:

„Genauso wie die deutschen Agrarier an vielen Orten Nordschleswigs den Versuch gemacht haben, unsere dänischen Bauern zum Abfallen von der dänischen Sache zu verleiten, so haben auch deutsche Sozialdemokraten in der letzten Zeit ihre Netze nach euch ausgeworfen. Die Bauern haben das Werben ihrer deutschen Standesgenossen auf das bestimmteste abgewiesen. Wir sind davon überzeugt, daß auch ihr das Werben der deutschen Sozialdemokraten mit gleicher Festigkeit zurückweisen werdet, denn, Arbeiter! die dänischen Kandidaten zur Reichstagswahl sind nicht die Vertreter einer Partei oder einer Klasse — sie sind die Vertreter einer Bevölkerung.“

Das zweite Zitat ist einem anonymen Brief entnommen, er trug die Unterschrift „ein dänischer Sozialist“ und war an einen Weber geschickt, der einen national-dänischen Arbeiterverein gründen wollte. Der Sozialist schrieb: „Hier in Nordschleswig ist der Großbauer der Gegner der Arbeiter und Handwerker.“

Die Zitate appellieren an zwei unterschiedliche Formen der Solidarität, das erste mahnt die Dänischgesinnten, trotz aller sozialen Unterschiede zusammenzustehen, das zweite fordert die die nationalen Gegensätze überwindende Einheit der Arbeiterklasse. Im Folgenden möchte ich den Konflikt zwischen diesen beiden Möglichkeiten der Solidarität aufdecken. Ich will analysieren, ob und

* Vorlesung, die mag. art. Hans Schultz Hansen am 30. Sept. 1986 im Historischen Institut an der Universität Arhus gehalten hat.

wie das Nationalbewußtsein der Bauern und Arbeiter von ihrer Klassenzugehörigkeit abhing, und ich möchte untersuchen, wie die wirtschaftlich-soziale Entwicklung in Nordschleswig die nationale Entwicklung beeinflußt hat.

2. Nordschleswigs Sozialstruktur von etwa 1880 bis 1914

Die Aufteilung der Bevölkerung nach Erwerbsgruppen ergab folgendes Bild:

Erwerbszweig ¹	1867	1882	1895	1907
Landwirtschaft	61,2	60,4	57,5	50,9
Handwerk und Industrie	16,7	20,6	20,1	20,7
Handel und Gastwirt-	4,1	5,6	6,8	8,4
Andere Tätigkeit im				
Dienstleistungsgewerbe ²	7,4	4,3	4,4	4,5
Beamte und Angestellte ³	4,5	4,6	4,8	5,2
Ohne Erwerb	4,0	4,5	6,4	8,5
Ohne Angaben	2,1		0,1	1,7
Zusammen	100	100	100	100
Gesamtbevölkerung	182 580	177 398	170 818	188 371

¹ In dieser Tabelle sind die Berufstätigen und ihre Angehörigen sowie die Hausangestellten enthalten.

² Bes. Transportwesen und Gelegenheitsarbeit.

³ Vor allem Militär, Verwaltung, Gerichte, Kirche, Schule usw.

Die statistische Analyse der Sozialstruktur Nordschleswigs zeigt ganz klar, daß unser Untersuchungsgebiet während der ganzen Periode von der Landwirtschaft geprägt wurde. Noch 1907 waren 50,9 % der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt, darüber hinaus war ein Großteil der Händler und Handwerker direkt von der Landwirtschaft abhängig. Sie waren entweder Abnehmer der bäuerlichen Produktion oder Zulieferer für die landwirtschaftlichen Betriebe, sie lieferten Futtermittel, Saatgetreide und Dünger sowie landwirtschaftliche Maschinen und Geräte. Unsere statistische Übersicht macht auch deutlich, daß über 20 % der Bevölkerung ständig im Handwerk und in der Industrie beschäftigt waren.

In einer Agrargesellschaft entscheidet das Eigentumsrecht am kultivierten Boden über die wirtschaftliche und gesellschaftliche Macht. Der größte Teil dieses Bodens, er machte im Untersuchungszeitraum konstant 62—63% aus, war in der Hand von Bauern, die Höfe von 20 bis 100 ha Größe besaßen. Es gab damals etwa 5500 Hofbesitzer, und es besteht kein Zweifel daran, daß diese das größte gesellschaftliche Ansehen genossen.

Es gab etwa 500 Kätner, doch diese besaßen nur einen kleinen Teil des Bodens. Es muß auch hervorgehoben werden, daß im Gegensatz zum Dänemark nördlich der Königsau keine Parzellierung von Bedeutung vorgenommen worden ist. Im Gegenteil, viele der kleinsten Betriebe wurden aufgegeben. Zwischen etwa 1870 und 1885 wanderten aus Nordschleswig relativ mehr Menschen aus als aus dem übrigen Dänemark. Das Verschwinden vieler besitzloser Landarbeiter verringerte dabei den gesellschaftlichen Druck von unten. — Und die wenigen wirklich großen Höfe und Güter waren, verglichen mit den vielen mittelgroßen Bauernhöfen, ebenfalls von geringer Bedeutung.

Wenn man versucht, anhand einer Statistik von 1905 die Größe der verschiedenen städtischen und ländlichen Sozialgruppen herauszufinden, dann entdeckt man neben den bereits erwähnten Hofbesitzern und Kätnern eine zahlenmäßig große Gruppe von 12 000 Landarbeitern — und dies trotz der Auswanderung. Zu diesen zählten jedoch nicht wenige Knechte, die später Höfe erbten oder mit Hilfe ihrer Väter erwarben. Dennoch war die Zahl der Arbeiter auf dem Lande größer als in den Städten. Im Handwerk und in der Industrie gab es rund 6500 Lehrlinge, Gesellen und Arbeiter. Von den insgesamt 5200 Handwerksmeistern, Fabrikanten und Kaufleuten hatten die meisten keinen oder nur wenige Mitarbeiter.

Die gesellschaftliche Stellung der Hofbesitzer war also stark, und zwar sowohl gegenüber der Staatsmacht, die allerdings weniger als der moderne Staat in die Angelegenheiten der Landwirtschaft eingriff, als auch gegenüber den anderen Gesellschaftsklassen, von denen mehrere, wie bereits erwähnt, wirtschaftlich von den Hofbesitzern abhängig waren. Über die Handwerker und Händler hinaus galt dies auch für die Landarbeiter und vor allem für das Gesinde. Auf jedem Hof waren in der Regel 1 bis 3 Knechte und Mägde. Dank deren Arbeit konnte sich der Hofbesitzer auch Din-

gen widmen, die seinen Betrieb nicht direkt betrafen. Wenn man jetzt noch berücksichtigt, daß die Konjunktur sich nach der Mitte der neunziger Jahre des neunzehnten Jahrhunderts für die Landwirtschaft günstig entwickelte, dann wird man verstehen, daß der nordschleswigsche Bauer um die Jahrhundertwende über Überschüsse verfügte, die es ihm ermöglichten, aktiv und an führender Stelle im kulturellen und politischen Leben zu wirken.

3. Die dänische Bewegung

Diese gesellschaftspolitische Aktivität der nordschleswigschen Bauern kam in keineswegs geringem Umfang der dänischen Bewegung zugute. Ehe ich mich diesem Thema zuwende, möchte ich erst kurz die Entwicklung der dänischen Bewegung von etwa 1880 bis 1914 skizzieren.

Drei Jahre nach der Niederlage von 1864 wurden die Herzogtümer Schleswig und Holstein als Provinz Schleswig-Holstein in Preußen einverleibt. Die dänischen Nordschleswiger verloren aber nicht den Mut. Bei den beiden Wahlen von 1867 konnten sie nördlich der Linie Flensburg-Tonder eine dänische Mehrheit von nahezu 80% erzielen. Die Mehrheit war in den nördlichen Gebieten am größten und wurde zum Süden hin immer kleiner. In Flensburg erreichte man fast 53%.

Doch mit den Jahren, als es zusehends deutlicher wurde, daß die Rückkehr nach Dänemark sich immer mehr verzögerte, fiel es immer schwerer, das gute Anfangsergebnis zu halten. Der Stimmenrückgang hing sicherlich auch damit zusammen, daß das Nationalbewußtsein der Mehrzahl der dänischgesinnten Nordschleswiger in der ersten Zeit noch nicht voll entwickelt war. Für die allermeisten hatte ihr Dänentum noch keinen positiven Inhalt bekommen, sie definierten es eher negativ: man war nicht deutsch.

Doch nach den 1880er Jahren suchte man die Dänischgesinnten durch die Bildung einer Reihe von Vereinen auf breiter Grundlage zu organisieren und ihr dänisches Nationalbewußtsein zu stärken. Dieser Prozeß begann 1880 mit der Gründung des „Foreningen til det danske Sprogs Bevarelse i Nordslesvig“, wurde 1888 mit der Gründung des „Vælgerforeningen for Nordslesvig“ fortgesetzt und 1892 mit der Bildung des „Den nordslesvigske Skoieforening“

abgeschlossen. Doch neben diesen ganz Nordschleswig umfassenden Vereinen wurden nach 1885 noch 15 lokale Vortragsvereine gegründet, zu denen sich jeweils 6—7 Kirchspiele zusammenschlossen. Den Wählerverein kann man am ehesten mit einer politischen Parteiorganisation vergleichen. Zweck der anderen Vereine war dagegen, die dänische Kultur zu pflegen. Der Sprachverein versorgte die Familien mit dänischen Büchern, und er richtete in den Kirchspielen kleine Bibliotheken ein. Der Schulverein half den minderbemittelten Familien, damit auch sie ihre Kinder auf Nachschulen, Volkshochschulen oder Landwirtschaftsschulen in Dänemark schicken konnten. Und der Vortragsverein organisierte, wie schon sein Name sagt, Vorträge. Diese wurden von Nordschleswigern, vor allem von Journalisten und Pastoren der Freigemeinden, gehalten. Vorträge von Personen aus Dänemark wurden von den preußischen Behörden nicht gestattet.

Zusammenfassend kann man sagen, daß die Kultur, die man den dänischen Nordschleswigern zu vermitteln sucht, entschieden national geprägt war und einen starken Einschlag Grundtvigscher Gedanken hatte. Dänische und nordische Geschichte, dänisches und nordisches Geistesleben standen im Mittelpunkt. Zur Verdeutlichung sollen einige Titel der Vorträge, die im „Foredragsforening for Rødekro og Omegn“ gehalten wurden, angeführt werden. Man hörte über „Die Befreiung des nordschleswigschen Bauern von der Vorherrschaft des Adels“, über „St. St. Bücher“, „Die Volkshochschulbewegung“, „Christoph II., Graf Gerhard und Niels Ebbesen“, „Bjørnstjerne Bjørnson“, man hörte einen zweiteiligen Vortrag über „Grundtvig“ usw. Während des gemeinsamen Kaffees sang man vor allem Grundtvigs Lieder.

Kurz gesagt: man übernahm das Gedankengut der dänischen Bauernbewegung jener Zeit. Das hatte zweifellos folgenden Grund: Mitglieder der Vereine und Teilnehmer an den Vorträgen waren überwiegend die Hofbesitzer und ihre Familien. Während die Hofbesitzer nahezu 20% der ländlichen Wähler ausmachten, betrug ihr Mitgliederanteil in den verschiedenen Vereinen 45 bis 60%. Der Mitgliederanteil der Kätner, Handwerker, Kaufleute und Gastwirte entsprach einigermaßen ihrem Wähleranteil, während die Arbeiter, Tagelöhner und das Gesinde — also die Arbeiterklasse — stark unterrepräsentiert waren. Die im öffentlichen Dienst

Stehenden fehlten völlig, der Staat forderte von seinen Angestellten eine „reichstreue“ Gesinnung. Noch ausgeprägter war die Vorherrschaft der Hofbesitzer in den Vorständen der Vereine. Dreiviertel oder mehr der lokalen Vertrauensleute waren Hofbesitzer. Es bestand eine Tendenz, daß die Besitzer größerer Höfe die führenden Posten übernahmen. Viele von ihnen verbanden diese ehrenamtlichen Aufgaben mit anderen bei den Sparkassen, in den Landwirtschaftsvereinen und bei den Genossenschaftsmeiereien. Sie wurden zu „Königen der Kirchspiele“ und wirkten meinungsbildend.

4. Die Verbürgerlichung der Bauern

Gottlieb Japsen (1908—81) hat 1973 in einem Vortrag versucht, einen Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen und nationalen Entwicklung des Hofbesitzerstandes während der 1880er Jahre herzustellen. Seine Ausgangsthese war, daß der Nationalismus stets eine Ideologie des Bürgertums sei. „Der Nationalismus hat immer eine bürgerliche, liberalistische Seele“, sagte er. Wenn soziale Gruppen außerhalb der städtischen Bürgerschaft, in unserem Fall die Hofbesitzer, Träger einer nationalen Bewegung werden, dann sind sie vorher „verbürgerlicht“ worden.

Japsen war der Auffassung, daß die nordschleswigschen Bauern in den 1880ern die entscheidende Phase auf dem Weg zu — wie er es nannte — „einer vollkommen bürgerlichen Existenz“ erreicht hatten. Die Ursache hierfür war die Intensivierung der Landwirtschaft, die genau in dieser Zeit im Sundewitt und auf Alsen einsetzte, während die westlichen Gebiete diesen Modernisierungsprozeß nur langsam nachvollzogen.

Diese intensiv betriebene Landwirtschaft ist durch die verstärkte Zusammenarbeit der einzelnen Produzenten in den Genossenschaftsmeiereien, den Landwirtschaftsvereinen und den Sparkassen gekennzeichnet. Den Hofbesitzern gelang es durch diese Organisationen die Probleme der Landwirtschaftskrise ohne fremde Hilfe zu lösen. Das gab ihnen gegenüber dem Staat und den Bürgern der Stadt ein Gefühl der Selbständigkeit und der Unabhängigkeit.

Diese Selbständigkeit des Handelns kann man nach Japsen auch auf dem nationalpolitischen Feld entdecken: „Der modernen, für den Markt produzierenden und auf Kapital angewiesenen Land-

wirtschaft mit ihren bewußt dänischen Organisationen entsprach ein Netz von Vereinen zum Schutz dänischer politischer Interessen. Im Gegensatz zu den ersten 25 Jahren nach 1864 hatten sie einen sehr großen und sehr aktiven Mitgliederkreis, und der Geist in diesen Vereinen war, wie der in den Wirtschaftsorganisationen, nicht nur bewußt dänisch, sondern auch eindeutig demokratisch.“ Damit war — nach Japsen — die Voraussetzung für den „unaufhaltsamen Fortschritt und Sieg“ des Dänentums geschaffen.

Wir müssen Japsens Deutung hinterfragen. Wenn man die verschiedenen Indikatoren für die intensive Landwirtschaft in den verschiedenen Gebieten Nordschleswigs näher untersucht, findet man bestätigt, daß die Intensivierung auf Alsen und im Sundewitt wirklich in den achtziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts begann. Hier konzentrierte man sich auf die Milch- und Schweinefleischproduktion. Im Westen hielt man dagegen an der althergebrachten Rindermast fest. Ich glaube nicht, daß man dieses tat, weil man altmodischer als auf Alsen war. Die Rindermast war eben rentabel. Im Osten mußte man die krisengefährdete Kornproduktion aufgeben und auf animalische Produkte ausweichen.

Wenn man diese regionalen Unterschiede zwischen der Landwirtschaft im Osten und Westen des Landes mit den verschiedenen Indikatoren für das nationale Erwachen miteinander vergleicht, entdeckt man jedoch keine Übereinstimmung. Der dänische Stimmenanteil bei den Reichstagswahlen und die Abonnentenzahlen der dänischen Zeitungen usw. der verschiedenen Gebiete Nordschleswigs zeigen, daß das nationale Bewußtsein auf Alsen und im Sundewitt nicht früher entwickelt und stärker als z. B. im Westen des Kreises Hadersleben war. Die „Verbürgerlichung“ der Bauern kann deshalb nicht die treibende Kraft für das wachsende dänische Nationalbewußtsein gewesen sein. Hinzu kommt, daß ich die Entwicklung der dänischen Bewegung bis 1914 weniger optimistisch als Japsen und andere vor ihm beurteile. Es ist allerdings richtig, daß bei den Wahlen im Jahrzehnt vor der Jahrhundertwende und auch nachher die Zahl der dänischen Stimmen wuchs. Aber dieser Anstieg hatte seine Ursache im Wachsen der Gesamtbevölkerung und der Wählerzahl — und die Zahl der deutschen Stimmen stieg relativ stärker. Und das vor allem in den

Städten, wo die deutschbürgerlichen Parteien und die Sozialdemokraten zusammen 4/5 des Stimmenzuwachses für sich verbuchen konnten.

Bei der letzten Wahl zum deutschen Reichstag, 1912, errangen die Deutschen die Mehrheit in den vier Städten und in vielen Kirchspielen im Vierkant Gravenstein—Apenrade—Lügumkloster—Tondern. Man kann für die Zeit nach den 1880er Jahren wohl kaum von einem Anwachsen des Dänentums sprechen, man kann höchstens eine gewisse Konsolidierung nach dem starken Rückgang der vorhergehenden Periode sehen.

Es gelang dagegen, die Dänischgesinnten geistig und politisch zu mobilisieren und ihr nationales Bewußtsein zu stärken. Dieses geschah vor allem durch die Aktivitäten in den Vereinen. Doch in den ersten Jahren nahm deren Mitgliederzahl nur langsam zu, und deren Tätigkeit wurde durch die sogen. Köllerpoltik der Jahre 1898 bis 1901 stark gehemmt. Man erlebte damals ein bis dahin unbekanntes scharfes Vorgehen gegen die dänische Bewegung. Erst um 1908 setzten sich die Vereine durch. Eine Ursache für die neue Entwicklung war das Reichsvereinsgesetz vom Dezember 1908, daß das Verbot politischer und religiöser Vereine nicht mehr enthielt und den Gebrauch der dänischen Sprache erlaubte.

Rückblickend können wir sagen, daß zwei Faktoren entscheidend zum Wachsen des dänischen Nationalbewußtseins beigetragen haben. Als erstes müssen wir die Einsicht nennen, daß etwas getan werden mußte, wenn das Dänentum bis zu dem Tage „intakt“ bleiben mußte, an dem die Bedingungen der großen Politik Nordschleswigs Rückkehr nach Dänemark ermöglichten. Und wir können zweitens auf die immer aggressiver und herausfordernder werdende Minderheitenpolitik verweisen. Nach der Mitte der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts entwickelten die preußischen Behörden ihre nationalistische Politik zu einem „totalen Krieg“, indem sie den Kampf auf das kulturelle und wirtschaftliche Leben in Nordschleswig ausweiteten. Ein bezeichnendes Beispiel für diese Haltung ist die Sprachverfügung vom Dezember 1888, durch sie wurde der Dänischunterricht abgeschafft und die deutsche Unterrichtssprache eingeführt, zu den vier bestehenden dänischen Religionsstunden kamen zwei deutsche hinzu.

5. *Die unterbliebene Industrialisierung*

Genau betrachtet überrascht es auch nicht, daß die dänische Bewegung nach 1880 keinen größeren Zulauf erhielt. Man muß doch bedenken, welche Kräfte sie gegen sich hatte: die preußischen Behörden, die eingedeutschte Schule, Deutschlands Anziehungskraft als Großmacht und als Absatzgebiet und die schwindende Hoffnung auf eine Wiedervereinigung mit Dänemark. Man sollte deshalb eher Fragen: „Warum verlief die Entwicklung nicht schlechter?“

Mein Ausgangspunkt ist derselbe wie Japsens: Die Entwicklung des Hofbesitzerstandes birgt den Schlüssel zum Verständnis der Geschichte der dänischen Bewegung. Doch während Japsen, wie die Historiker es wohl allgemein tun, sich auf die augenfälligen Veränderungen und Entwicklungsabläufe konzentrieren, will ich, wie schon bei der Schilderung der nationalen Bewegung, die stabilen Verhältnisse betonen. Meine Hypothese lautet: Die Hofbesitzer erlitten in der deutschen Zeit keine soziale Statusminderung, damit blieb die soziale Grundlage der dänischen Bewegung unangetastet — und somit konnte auch das Dänentum die Zeit bis 1914 einigermaßen unversehrt überstehen.

Die Sozialstruktur in Nordschleswig erhielt sich bis zur Jahrhundertwende relativ unverändert. Die Städte Hadersleben, Apenrade, Sonderburg und Tondern wiesen so gut wie keine Entwicklung auf. Im Gegensatz zu den dänischen Städten verzeichneten sie keine Zuwanderung von Arbeitslosen aus den ländlichen Gebieten. Wie wir bereits erwähnt haben, emigrierten die besitzlosen Landarbeiter. Nur Flensburg wurde größer, doch ein Großteil der Zuwanderer, die Flensburgs Einwohnerzahl zwischen 1871 und 1910 von 20 000 auf 60 000 ansteigen ließ, kam aus dem Süden; es waren Arbeiter, die in Flensburgs schnell wachsender Industrie einen Arbeitsplatz fanden. Die Industrie in Nordschleswig hatte größte Schwierigkeit, sich gegen die deutsche zu behaupten.

Ein Wachsen der Bevölkerung Nordschleswigs machte sich erst nach 1900 bemerkbar, und zwar vor allem in den Städten. Doch verglichen mit Dänemark und Holstein war diese Bevölkerungszunahme auch weiterhin eher bescheiden, denn die industrielle Entwicklung vollzog sich nach der Jahrhundertwende nur in begrenztem Rahmen — wenn auch schneller als vorher. Sonderburg

wird allgemein als die nordschleswigsche Stadt mit dem größten Industriewachstum dieser Zeit bezeichnet. Vor 1900 gab es hier 7—8 Betriebe mit 6 und mehr Arbeitern, nach der Jahrhundertwende zählte man 10 bis 12 Betriebe. Die Anzahl der Industriearbeiter stieg von 120—130 auf etwa 200. Man kann also von einem gewissen Anwachsen der Industrie sprechen, aber man muß schon sehr gutwillig sein, wenn man diese Entwicklung einen industriellen Durchbruch nennen will.

Die Bevölkerungszunahme und das Wirtschaftswachstum Nord-schleswigs zwischen 1900 und 1914 vermögen nicht den Eindruck zu verwischen, daß es sich hier um ein Gebiet mit geringer industrieller Entwicklung am nördlichsten Rand des Deutschen Reiches handelte.

Für die Entwicklung der dänischen Bewegung war natürlich nicht nur entscheidend, daß die Hofbesitzer ihre vorherrschende soziale Stellung halten konnten. Hinzu kam nämlich, daß sie ihre Höfe nicht an die Deutschgesinnten verkaufen durften. Ich will hier nur kurz festhalten, daß sie dieser Forderung nachkamen, obgleich die deutsche Seite während des sogen. „Bodenkampfes“, der 1891 einsetzte, versuchte, dänische Höfe aufzukaufen. Der dänische Historiker H. V. Clausen hat über die nationale Haltung der einzelnen Hofbesitzer genau Buch geführt, nach seinen Berechnungen waren bis 1863 80 % der Höfe in dänischer Hand. 1893 waren es 78%, 1903 72%. Leider liegen für die letzten Jahre vor dem Ersten Weltkrieg keine Zahlen vor, doch alles spricht dafür, daß sie sich nicht wesentlich zuungunsten des Dänischen verändert haben. Also auch auf diesem wichtigen Gebiet scheinen stabile Verhältnisse geherrscht zu haben.

6. Die dänische Reaktion auf die Gewinne der Sozialdemokraten

Die Arbeiter spielten in der dänischen Bewegung nur eine äußerst kleine Rolle. Nur wenige von ihnen waren Mitglied der nationalen Vereine, in den Vorständen waren sie praktisch nicht vertreten. Sie nahmen deshalb auch nicht oder nur in geringem Maß an der kulturellen „Aufrüstung“ der 1880er Jahre teil. Das heißt nun nicht, daß das Dänentum in der Arbeiterklasse weniger Anhänger hatte. Ganz im Gegenteil, H. V. Clausens Untersuchung über die nationale Gesinnung der Hof- und Hausbesitzer in den Jahren 1900—

1901 zeigt, daß es in den unteren sozialen Schichten relativ mehr Dänischgesinnte als unter den Hofbesitzern gab. Aber dies waren eben überwiegend passive Dänen. Sie verfügten kaum über den Überschuß an Zeit und Geld, der erforderlich war, die Angebote der Vereine zu nutzen. Hinzu kommt, daß die soziale Kluft zwischen den Hofbesitzern und den sogenannten „kleinen Leuten“ oft den gesellschaftlichen Verkehr zwischen den Klassen verhinderte. Dieses galt wenigstens im Kirchspiel Lojt bei Apenrade — und sicherlich ganz allgemein im Osten des Landes, doch nicht unbedingt auch auf dem Geestrücken.

Um die Jahrhundertwende erweiterte sich das bekannte nordschleswigsche Dreiecksdrama zu einem Vierecksdrama: zu den Werbern aus dem Süden und dem Norden kam noch einer von „unten“ hinzu, nämlich der Klassengenosse der nordschleswigschen Arbeiter, der in der *Sozialdemokratischen Partei* organisiert war. Schon in den Jahren nach 1871 hatten sich in den nordschleswigschen Städten Arbeitervereine gebildet, doch Bismarcks Sozialistengesetz von 1878 hatte ihnen politisch die Grundlage entzogen, und bei den Wahlen konnte die Partei nur einen verschwindend kleinen Stimmenanteil auf sich vereinen. Doch 1898 wurde dann in Hadersleben ein Ortsverein der SPD gegründet. 1901 folgte einer in Apenrade, Sonderburg und Tondern folgten 1904 bzw. 1907.

Der Wiederaufbau der Arbeiterbewegung in Nordschleswig forderte eine Stellungnahme zum nationalen Problem. Die Sozialdemokratische Partei bekannte sich ursprünglich zum Internationalismus, d. h. sie setzte sich für die Solidarität aller Arbeiter unabhängig von Staats- und Nationalitätengrenzen ein. Nur diese internationale Solidarität konnte den Weg zu annehmbaren Lebensbedingungen öffnen. Man wandte sich gegen die deutsche und die dänische nationale Bewegung. Doch schon früh trat die Partei auch für eine Volksabstimmung in Nordschleswig ein. Und man kritisierte die Unterdrückung der nationalen Minderheiten — und damit auch die der Dänen in Nordschleswig — durch die preußische Regierung.

Diese positive Haltung prägte auch die Resolution, die die schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten 1902 auf ihrem Parteitag in Flensburg annahmen. Man sollte aber auch folgenden Punkt jener

Resolution beachten: Es ist die Aufgabe der Sozialdemokratie, „die Proletarier des dänischen Volkes unter voller Anerkennung ihrer nationalen Rechte über den Sozialismus aufzuklären und für den Klassenkampf zur Eroberung der politischen Macht zu gewinnen“. So gesehen, hatte die Anerkennung des Prinzips des nationalen Selbstbestimmungsrechts *auch* einen taktischen Aspekt; es wurde den dänischgesinnten Arbeitern der Weg in die Partei erleichtert, indem sie nun kein schlechtes Gewissen mehr zu haben brauchten, wenn sie dem dänischen Kandidaten ihre Unterstützung entzogen.

Die Agitation der Partei war keineswegs völlig erfolglos. Ihr Wähleranteil stieg von 2,4% im Jahre 1889 auf 5,9% im Jahr 1912.

Die Führer der dänischen Bewegung deuteten die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts durch die Sozialdemokraten als überwiegend taktisch bedingt, und sie sorgten sich über die Erfolge der SPD. Und diese Sorge war sicherlich begründeter, als die Wahlergebnisse ahnen ließen. Die Entwicklung in *Flensburg* hatte nämlich gezeigt, was geschehen konnte. In dieser Stadt war die Sozialdemokratie im Laufe der achtziger Jahre des neunzehnten Jahrhunderts so schnell gewachsen, daß sie bereits 1890 die größte Partei der Stadt war. Und dieses Anwachsen der SPD war überwiegend auf Kosten der dänischen Partei geschehen, die nach 1884 nicht mehr genügend Stimmen für die Wahl ihres Reichstagskandidaten aufbringen konnte. — Was würde geschehen, wenn das Wachstum der Städte und die Industrialisierung, die sich nach der Jahrhundertwende trotz allem auch in Nord-schleswig ankündigten, sich verstärkt hätten und schließlich hätten durchsetzen können? Es ist vielleicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß die Industrialisierung eine „tickende Zeitbombe“ unter der von den Hofbesitzern beherrschten dänischen Bewegung war. In diesem Fall war die Zündung auf Jahre später eingestellt. Aber die Führer der dänischen Bewegung konnten ja nicht wissen, was wir heute wissen: 1914 brach der Erste Weltkrieg aus, und 1920 kehrte Nordschleswig nach Dänemark zurück.

Es wäre an sich schon für die dänische Bewegung schlimm genug gewesen, wenn es den Sozialdemokraten gelungen wäre, die bereits vorhandene Arbeiterklasse zu gewinnen. Die Führer der dänischen Bewegung erkannten die drohende Gefahr erst nach

und nach. Zuerst begnügte man sich damit, wie im eingangs zitierten Wahlaufuf, an das gemeinsame Nationalgefühl zu appellieren. Das dänische Mitglied des deutschen Reichstags von 1902 bis 1906, der Flensburg Avis-Redakteur Jens Jessen, war ausgeprägt konservativ und völlig ungeeignet, die Arbeiter zu gewinnen.

Sein Nachfolger, H. P. Hanssen aus Apenrade, wußte oder entwickelte nach und nach ein Verständnis dafür, daß demaklatorische Aufrufe nicht ausreichten. 1908, auf dem Jahrestreffen der dänischen Vereine, hob er in seiner Ansprache die Gefahr hervor, die von sozialdemokratischer Seite her drohte:

..... Während die alten Arbeiter in der Regel dänisch oder deutsch gestimmt haben, gaben die Jungen auf breiter Front ihre Stimme den sozialdemokratischen Wahlmännern. Viele werden es als bedrückend gefühlt haben, daß der weißhaarige Vater dänisch stimmte, während sein junger, forscher Sohn sozialdemokratisch stimmte.“ H. P. Hanssen faßte zusammen: „Wir müssen eine soziale Arbeit aufnehmen, damit kein Arbeiter seine ökonomischen Interessen von anderen besser wahrgenommen sieht.“

Er schlug vor, daß der Wählerverein ein Arbeitersekretariat einrichten solle, das dem Arbeiter in Angelegenheiten, die die Arbeiterversicherung oder Altersversorgung usw. betreffen, helfen und evtl, juristischen Beistand leisten und ihn bei Konflikten mit dem Arbeitgeber unterstützen kann. Doch sollte das Sekretariat in diesen Fällen vor allem die Rolle des Vermittlers übernehmen. — Das Sekretariat wurde eingerichtet; es scheint sich bewährt zu haben.

7. „Dansk Arbejderforening“ von 1991

Das Sekretariat war jedoch dadurch geprägt, daß es eine Institution für Arbeiter und nicht der Arbeiter war. Das wurde an der Auseinandersetzung sichtbar, die H. P. Hanssens Ansprache auf dem Jahrestreffen von 1908 in seiner Zeitung „Hejmdal“ hervorrief. In dieser Zeitungsdebatte traten zum ersten Mal mehrere dänischgesinnte Arbeiter auf die politische Szene, die die nationale und soziale Forderung miteinander verknüpfen wollten. Der Weber Thomas Kaufmann aus Bovrup war eines der wenigen aus den unteren sozialen Schichten stammenden Beiratsmitglieder des Wählervereins. Er schlug vor, einen Arbeiterverein zu gründen, der dann die Interessen der Arbeiter wahrnehmen sollte. Dieser Verein

sollte sich für höhere Löhne einsetzen, die Vermittlung von Arbeit übernehmen und darüber hinaus für Aufklärung sorgen, den Alkoholismus bekämpfen und die Sparsamkeit der Arbeiter fördern. Kaufmann rechnete damit, daß die Arbeiter dann einmal imstande sein werden, Kätnerstellen zu erwerben. Und schließlich forderte er eine größere Anzahl von Arbeitern in den Vorständen der dänischen Vereine. Auch der Werkführer P. Mink aus Hadersleben betonte, daß der neue Verein auf nationaler Grundlage arbeiten müsse. Die verschiedenen Ansätze wurden damals allerdings nicht verwirklicht, es wurde kein Arbeiterverein gegründet.

Drei Jahre später wurde dieser Gedanke erneut aufgegriffen. Auch dieses Mal begann die Debatte auf einem dänischen Jahrestreffen, es fand im Sommer 1911 statt. Einige Arbeiter ergriffen das Wort, und das soziale Problem rückte auf diese Weise ins Zentrum der öffentlichen Diskussion. Th. Kaufmann forderte erneut mehr Vertreter der Arbeiterklasse in den Vorständen der dänischen Vereine, und er unterstrich, daß die soziale Kluft tiefer reiche als die nationale. „Sollen die Verhältnisse besser werden, und ich glaube, es werden einmal bessere Zeiten kommen, dann muß die Organisation der Gesellschaft völlig verändert werden, besonders die Eigentumsverhältnisse in bezug auf den Boden.“ Das war eine radikale Ansicht, besonders wenn man bedenkt, wo und zu wem dieses gesagt wurde.

Der Fischer Hans Petersen aus Blans trat ebenfalls dafür ein, daß man die größeren Höfe in Kätnerstellen aufteilte. Doch er betonte gleichzeitig, daß das Nationale an die erste Stelle zu setzen sei: „Deshalb stehen unsere Arbeiter treu Schulter an Schulter neben dem Großbauern und den anderen, die für unsere Sache glühen.“

Die Debatte wurde nach dem Jahrestreffen in den Zeitungen fortgeführt. Es erschienen vor allem Beiträge für und gegen die Verteilung des Bodens. Die dänische Bewegung, das soll hier hervorgehoben werden, hat die Frage der Bodenverteilung nie zu ihrem Thema gemacht. C. H. Nohns aus Spandet hatte auch keine Illusionen: „Ich glaube übrigens auch nicht, daß wir von diesen Appellen an die „Bessergestellten“ große Ergebnisse erwarten sollen. Nein, wenn die Arbeiter ihre Lage verbessern wollen, dann müssen sie die Sache selbst in die Hand nehmen. Aber um dies mit Erfolg tun zu können, müssen sie sich zu einem Verein zusam-

menschließen.“

Das geschah im November 1911 mit der Gründung des „Dansk Arbejderforening for Nordslesvig“. Es soll hier nicht näher auf die organisatorische Arbeit eingegangen werden, es gilt statt dessen, die politische Zielsetzung des Vereins herauszuarbeiten. Sie war allerdings unklar, und es gelang auch nie, sie richtig auszuformen.

Um von der dänischen Bewegung, in der die Hofbesitzer das entscheidende Wort hatten, anerkannt zu werden, betonte man die gemeinsame nationale Fronthaltung sehr stark, die sozialen Forderungen traten dagegen in den Hintergrund. Das gilt auf jeden Fall nach außen hin. So wurde in den Vereinssatzungen bestimmt, daß der Verein sich nicht mit Gewerkschaftsfragen beschäftigen wollte. Alle Dänischgesinnten, die sich zur Arbeiterklasse rechneten, konnten Mitglied werden — und deshalb konnte auch Graf v. Schackenborg dem Ortsverein von Mögeltondern beitreten. Die Vorstellungen des Vereins waren stark von der Selbsthilfeideologie geprägt; der Vereinssekretär erklärte: „Auf einer Tagung in Apenrade wurde vor einigen Jahren gesagt, daß man dem kleinen Mann helfen solle, ich meine dagegen, daß der dänische Arbeiter sich selbst helfen kann.“ Durch Aufklärung, fachliche Weiterbildung, Sparsamkeit und Enthaltung von Alkohol wird der Arbeiter seinem Stand soziales Ansehen verschaffen, und damit wird er sich das Recht erwerben, an der Führung der dänischen Bewegung teilzunehmen. Das Vorbild der Arbeiter waren der Einsatz der Hofbesitzer auf dem sozialen, kulturellen und nationalen Gebiet und deren Erfolge. „Der Arbeiter soll denselben Weg gehen, sich weiterbilden und sich so den Weg aus eigener Kraft bahnen,“ unterstrich der Werkführer Peter Mink. Die „Sklavengesinnung“ sollte bekämpft werden. — Für viele der führenden Männer spielten christliche Gedanken ebenfalls eine große Rolle.

Ein wichtiges Ziel des Vereins war, den Übertritt der Arbeiter zur Sozialdemokratischen Partei zu verhindern, das hatte natürlich zur Folge, daß er von der sozialdemokratischen Presse heftig angegriffen wurde.

Einige der sozialen Forderungen wurden jedoch nicht aufgegeben, so wandte man sich z. B. dagegen, daß die Hofbesitzer eingewanderte Arbeitskräfte anstelle der dänischen Arbeiter einsetzten. Aber die Neuverteilung des Bodens wurde nicht direkt ins Vereins-

programm aufgenommen.

Der Arbeiterverein war nicht sonderlich erfolgreich. In einigen Ortschaften wurden Lokalvereine gegründet, aber nur drei konnten sich halten: Hadersleben, Hadersiebener Neß und Mögeltondern. Im Hadersiebener Neß und in Mögeltondern gab es viele Landarbeiter, und bei diesen fand der Verein zweifellos seinen größten Zuspruch. Die Gesamtmitgliederzahl ist kaum jemals höher als 400 gewesen. Dennoch verdient dieser Arbeiterverein unser Interesse, denn er war der erste Versuch, den Einsatz für das Dänentum mit dem Kampf für soziale Gerechtigkeit zu verknüpfen, und dieser Einsatz ging von den Arbeitern selbst aus, und sie standen an seiner Spitze.

8. Zusammenfassung

Nach den achtziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts waren vor allem die nordschleswigschen Hofbesitzer bewußt dänisch-national. Als Antwort auf die preußische Herausforderung schlossen sie sich zur Verteidigung ihrer dänischen Kultur in Vereinen zusammen und entwickelten so die moderne Form bewußter, nationaler Kulturpflege. Sie verfügten über den notwendigen geistigen und materiellen Überschuß und damit auch über die Unabhängigkeit, die erforderlich war, um der immer rigoroser werdenden Minderheitenpolitik der preußischen Behörden widerstehen zu können. Den Arbeitern fehlte diese Unabhängigkeit. Obgleich die weitaus größte Mehrheit von ihnen dänischgesinnt war, nahmen sie kaum am dänischen Vereinsleben teil. Dennoch zählte die dänische Bewegung bei den Wahlen auf ihre Stimmen, denn sie war abhängig von der nationalen Solidarität jenseits aller Klassenunterschiede. Trotz der sich verändernden Sozialstruktur konnten die Hofbesitzer ihre Schlüsselstellung auf dem nationalen Gebiet und im Wirtschaftsleben halten. Da eine Industrialisierung Nordschleswigs so gut wie nicht stattfand, entstand den Hofbesitzern auch nicht die Konkurrenz, die ein städtisches Bürgertum oder eine zahlreiche Arbeiterklasse hätte bedeuten können. — Doch nach der Jahrhundertwende begannen auch in unserem Land die Städte zu wachsen und eine Industrie zu entstehen. Vor dem Ersten Weltkrieg konnte diese neue Entwicklung sich aber noch nicht richtig durchsetzen — doch war dies nur eine Frage der Zeit.

Die Sozialdemokratische Partei konnte in Nordschleswig nicht

dieselben Erfolge verzeichnen wie in Flensburg. Eine bescheidene aber ständig zunehmende Arbeiterschar folgte jedoch dem Appell zur Solidarität der Arbeiterklasse — und vermehrte damit innerhalb der dänischen Bewegung die Sorge, daß der bisherige nationale Zusammenhalt schwinden könne. Deshalb richtete der Wählerverein 1909 ein Arbeitersekretariat ein. Eine kleine Gruppe von Arbeitern meinte allerdings, daß sie den Kampf für bessere Lebensbedingungen selbst aufnehmen müsse. Sie bildete 1911 den Dänischen Arbeiterverein für Nordschleswig. Er sollte den Kampf für die Interessen der Arbeiter mit dem Kampf für die Erhaltung des Dänentums verbinden. Um die Anerkennung der Führer der nationalen Bewegung zu erreichen, verdrängte man die sozialen Forderungen ins zweite Glied. Dieses Verhalten deckt auf, daß die nationale Solidaritätsideologie auch noch kurz vor dem Ersten Weltkrieg stärker war als die Ideologie der Klassensolidarität — aber wie lange noch?

QUELLEN UND LITERATUR:

Schultz Hansen, Hans: Det nordslesvigske landbrug og den danske bevægelse 1850—1914. Åbenrå 1985 (mit weiteren Quellen- und Literaturhinweisen). — Det industrielle miljø i Sønderborg ca. 1870—1914 (wird in Sønderjyske Årbøger 1987 erscheinen). — Die Zeit von 1864 bis 1970, in: Hans H. Worsoe (Red.): Lojt sogns historie (wird Herbst 1987 erscheinen).

Andersen, Dorrit: Socialdemokrati og dansknational bevægelse. Omkring det slesvig-holstenske SPD's 1902-resolution. In: Historie/Jydske Samlinger, Neue Folge XIII, 1979, S. 123—44.

Callesen, Gerd: Die Schleswig-Frage in den Beziehungen zwischen dänischer und deutscher Sozialdemokratie von 1912 bis 1924. Apenrade 1970.

„Hejmdal“ 1908 und 1911 (Zeitung, Apenrade).

Japsen, Gottlieb: Betragtninger over den danske bevægelse i Nordslesvig. In: Sønderjyske Årbøger 1973, S. 63—75.

Krüger, Ekkehard (Red.): Arbeiterbewegung in Nord- und Mitteleuropa zwischen nationaler Orientierung und Internationalismus. Schriftenreihe der Akademie Sankelmark, Neue Folge Heft 30/31.

Flensburg 1976.

Lageri, Chr.: Arbejderbevægelsen. In: A. Kirkeby und E. Schack (Red.): Sønderjylland som det er. København 1920, S. 335—341.

Sønderjylland 1910—1913. Sonderdruck von „Flensburg Avis“, Flensburg 1911- 14..

Artur Thomsen 60 Jahre

Am 15. September feierte der Vorsitzende des Grenzfriedensbundes, Artur Thomsen, seinen 60. Geburtstag.

Im Grenzland gehört Artur Thomsen zu den bekanntesten Persönlichkeiten. Die Gestaltung der Nachbarschaft zweier Völker in unserem Land ist zu einer Lebensaufgabe für den Vorsitzenden des Grenzfriedensbundes geworden. Getragen wird diese Arbeit vom klaren Bekenntnis zum deutschen Volkstum und vom politischen Engagement in der Sozialdemokratie.

Als Kommunalpolitiker in Flensburg (Stadtpräsident 1970-74, Mitglied in der Ratsversammlung 1966-1978) setzte sich Artur Thomsen besonders für den Ausbau der deutsch-dänischen Beziehungen ein. Diese Arbeit setzt er seit 1977 als Vorsitzender des Grenzfriedensbundes fort.

Opportunistisches Verhalten ist ihm zuwider. In einer guten Nachbarschaft muß gesagt werden dürfen, was für die Wahrheit gehalten wird.

Durch sein konsequentes Auftreten wurde Artur Thomsen der Vorwurf von dänischer Seite gemacht, er wäre ein Nationalist. Diesen Vorwurf handelte er sich ein, weil er konsequent auf das antideutsche Konzept der Zeitschrift „Slesvigland“ verwies.

Schweigen, wenn der Frieden an der Grenze gestört wird, ist nie die Art von Artur Thomsen gewesen. Für ihn muß der Frieden täglich neu gewonnen und gesichert werden. Grundlage für Thomsens Friedensarbeit im Grenzland sind zwei Punkte:

1. Die Grenze liegt fest.

2. Das nationale Bekenntnis ist frei, und zwar nördlich und südlich der Grenze.

Ausgehend von dieser Basis ist seine Arbeit auf die Stärkung des eigenen Volkstums ausgerichtet. Eine Schwächung des dänischen Volkstums lehnt er entschieden ab. Auf die Erhaltung beider kommt es ihm an.

Durch sein Bekenntnis zum kulturellen Wettstreit zweier Kulturen will der Vorsitzende des Grenzfriedensbundes u.a. auch verhindern, daß ein europäischer Einheitsbrei im Grenzland angerührt wird. Seine Arbeit im kleinsten der Grenzverbände trägt dazu bei, die Besonderheiten unserer Heimat herauszuarbeiten. Viele Artikel in den Grenzfriedensheften legen davon ein gutes Zeugnis ab.

Um die Ausbreitung von Oberflächlichkeit und Desinformiertheit zu verhindern, werden auch in Zukunft Grenzverbände benötigt. Nur so kann auch in Zukunft das friedliche Neben- und Miteinander von Deutschen und Dänen beiderseits der Grenze fortgesetzt werden.

Die Gestaltung der Nachbarschaft zweier Völker in unserem Land ist eine ständige

Aufgabe; für diese wichtige Arbeit wünschen wir Artur Thomsen für die Zukunft weiterhin erfolgreiches Wirken bei guter Gesundheit.

Lothar Hay

*

Gerhard Wehlitz ausgezeichnet

Gerhard Wehlitz, Landesvorsitzender des Südschleswigschen Wählerverbandes (SSW), wird heute mit dem Verdienstkreuz 1. Klasse geehrt. Mit der Verleihung des Ordens würdigt Bundespräsident Weizsäcker das Engagement von Gerhard Wehlitz für die dänische Minderheit in Schleswig-Holstein. Der Lehrer und Rektor der Kappelner Kay-Munk-Schule feiert heute seinen 65. Geburtstag. Neben seinem Beruf war er lange Jahre ehrenamtlich in der dänischen Jugendarbeit im Landesteil Schleswig tätig. Seit mehr als 20 Jahren ist er SSW-Stadtvertreter in Kappeln, seit 1966 Kreistagsabgeordneter und seit 1974 Landesvorsitzender des SSW. Wehlitz gilt als einer der profiliertesten Vertreter der dänischen Minderheit, dessen Arbeit von dem Bestreben geprägt war, zu einem gutnachbarlichen Verhältnis zwischen Dänemark und Deutschland beizutragen.

Flensburger Tageblatt, 4.8.1987

Martha Iwersen †

Zwölf Jahre lang, von 1965-1977, war Frau Iwersen Vorstandsmitglied im Grenzfriedensbund. Ihre kleine, ja zierliche Gestalt war wohl leicht zu übersehen, und ihre persönliche Zurückhaltung und Bescheidenheit verboten ihr, sich je selbst in den Vordergrund zu stellen. Wer sie aber kennenlernte und mit ihr arbeiten durfte, erlebte einen kenntnisreichen und urteilsfähigen Menschen, der entschieden etwas zu geben hatte. So diente sie über viele Jahre auch dem Grenzfriedensbund. Im August 1987 starb sie. Wir gedenken ihrer in Dankbarkeit und Respekt.

Artur Thomsen

*

Horst Schwarze †

Im letzten Herbst konnten wir ihm bei damals schon angegriffener Gesundheit zu seinem 80jährigen Geburtstag gratulieren. Nun ist Horst Schwarze gestorben. Er wird vielen von uns in guter Erinnerung bleiben: als Lehrer und Konrektor an der

früheren Mädchen-Mittelschule in Flensburg, als Schriftleiter der „Schleswig-Holsteinischen Schule“, als Theaterkritiker und Kunstkenner, der für Zeitungen und Zeitschriften, auch für die Grenzfriedenshefte, viele Feuilletonartikel geschrieben hat, und als Literat, der die Sprache meisterhaft beherrschte und in großer Klarheit und Dichte zu schreiben verstand. Wir werden Horst Schwarze nicht vergessen.

Artur Thomsen

*

Grenzverein: Mikrofon auf im Rundfunkstudio Handewitt *Produktionsstätte für Themen aus Kultur und Geschichte*

Mit einer kleinen Feier, zu der auch Kultusminister Peter Bendixen erwartet wird, eröffnet morgen der Grenzverein im Gebäude der ehemaligen Sonderschule Handewitt vor den Toren Flensburgs sein „Rundfunkstudio im Landesteil Schleswig“ (RLS).

Wie Studioleiter Raimund Schneider dazu erläuterte, geht die Schaffung dieses Studios auf einen Beschluß des Grenzvereins von 1984 zurück, seine Aktivitäten auf das Feld der elektronischen Medien auszudehnen. Als 1985 neue Sendefrequenzen vergeben wurden, schloß der Verein mit Radio Schleswig-Holstein (RSH) einen Zuliefervertrag und begann mit dem Aufbau eines Produktionsstudios. Hier sollen neben aktuellen Sendungen Informationen zu den Themenbereichen Kultur, Gesellschaft und Geschichte aus Schleswig-Holstein und Nordschleswig rundfunkgerecht aufgearbeitet werden.

Hintergrund dafür ist die Annahme des Grenzvereins, daß die Zahl der Rundfunkanbieter überall weiter zunehmen wird und daß sie unter Umständen finanziell nicht in der Lage sein werden, sich in aufwendiger Weise Hintergrundinformationen zu erarbeiten. Deshalb will der Grenzverein ein Archiv und einen Pool aufbauen, aus dem die Privatsender fundierte Beiträge abrufen können.

Als Studioleiter engagiert wurde der 50jährige Pastor Raimund Schneider. Der Theologe und Musiker war Hörfunk- und Fernsehbeauftragter der Norddeutschen Kirchen beim Norddeutschen Rundfunk. Ihm zur Seite steht der 34jährige Tonmeister Wilhelm Sellin aus Flensburg, und zum ersten Mitarbeiterstab zählen Christel Struve, Imme Droop, Elisabeth Moll und Thomas Frahm.

Erste Sendung, die bis zur Fertigstellung des Studios Handewitt noch in Hamburg hergestellt wurde, ist der morgendliche Veranstaltungskalender, der – so Schneider – seit 15. September 1986 jeweils um 6.15 Uhr im RSH-Programm ausgestrahlt wird. Seit 1. Juli produziert RLS für RSH die tägliche Sendereihe „Aus

dem Schleswiger Land“, die um 17.15 Uhr über den Sender geht. Ab 1. September übernimmt das Handewitter Studio die Herstellung der Veranstaltungskalender auch für die Regionen Kiel, Lübeck, Südholstein/Hamburg und Dithmarschen – damit für das ganze Land.

Flensburger Tageblatt, 4.8.1987

Rundgang zu den Stätten des KZ Ladelund 1944 beim Sydslesvig-Festival 1987

Am 13. Juni 1987 fand auf dem Gelände der dänischen Schule in Ladelund das dritte Sydslesvig-Festival statt. Wieder hatten sich rund 2000 Teilnehmer eingefunden, um die Info-Stände und „Aktivitäts-Buden“ zu besuchen, zahlreiche weitere Angebote wahrzunehmen und in losen Gesprächskreisen zu verweilen. Daneben spielten auf einer großen Bühne dänische und südslesvigische Musikgruppen Rock und Folk, während auf einer kleinen Bühne Theaterstücke und Sketche zur Aufführung gelangten. Bis in die Nacht hinein herrschte ein reges und lebendiges Treiben auf dem Festival-Platz.

Auf Grund der besonderen Geschehnisse in und um das Dorf Ladelund im Jahre 1944 wurde auch das Programm des Sydslesvig-Festivals 1987 um einen besonderen Punkt erweitert, der durch Rundgänge zu den Stätten des KZ Ladelund eine historische Auseinandersetzung ermöglichen sollte. Angeregt hatte diesen Programmpunkt der Ostern 1987 verstorbene Alt-Lektor des Nordfriisk Institut, V. Tams Jørgensen. Seine Idee wurde von den Veranstaltern des Sydslesvig-Festival aufgegriffen, die dem „Folkeligt Forum“ angehören, einem offenen und nicht-organisierten Kreis südschleswigscher „Aufrührer“, der in den vergangenen Jahren außerhalb der offiziellen Vereine, abseits nationalpolitischer Konfrontationslinien und durch Bewegung „von unten“ eine Erneuerung der dänischen Arbeit in Südschleswig eingeleitet hat (siehe den Beitrag „Die dänische Minderheit zwischen ‚Aufrührern‘ und ‚Preußen‘ in dänischer Verkleidung“, in: GFH 2/87, S. 80–105).

Im Mittelpunkt der Rundgänge, die um 15 und 17 h vom Festival-Platz ausgingen, stand der Besuch der Ausstellung „KZ Ladelund 1944“ im Pastorat des Dorfes. Daneben wurde die Gedenkstätte für die 300 Opfer des Konzentrationslagers auf dem Ladelunder Friedhof besucht. Wer einen längeren Fußweg nicht scheute, konnte darüber hin aus an Spaziergängen zum ehemaligen Lagergelände außerhalb des Dorfes an der Landstraße zur dänischen Grenze teilnehmen, wo

seit zwei Jahren ein Gedenkstein an die Geschehnisse im Jahre 1944 erinnert. Während der Rundgänge berichtete vor allem Hans Christian Rasmussen aus Christiansfeld, einer der überlebenden Häftlinge des KZ Husum-Schwesing, über die Verhältnisse in den nordfriesischen Konzentrationslagern. Darüber hinaus standen Fidde Schulz und Klaus Bästlein für die Beantwortung von Fragen zur Verfügung.

Im Gemeindesaal des Ladelunder Pastorats hatte Pastor Richter eigens für den Aufbau der Ausstellung „KZ Ladelund 1944“ gesorgt, die zwischen 1982 und 1984 an der Flensburger Auguste-Viktoria-Schule erarbeitet worden war und auf 24 Tafeln die Geschichte des KZ Ladelund darstellt. Manfred Koch, der Vorsitzende des Gedenkstättenausschusses der Kirchengemeinde Ladelund, begrüßte die Gäste vom Sydslesvig-Festival. Er wies auch auf die Pläne der Gemeinde Ladelund für die Errichtung eines eigenen Dokumentenhauses hin, in dem die dann noch zu erweiternde Ausstellung interessierten Besuchern permanent zugänglich gemacht werden soll. Allerdings ist die Finanzierung des Gebäudes durch das Land Schleswig-Holstein und den Kreis Nordfriesland immer noch nicht gesichert. Während Manfred Koch sich der deutschen Sprache bediente, wurde bei den Rundgängen im übrigen dänisch gesprochen. Die Betreuung einzelner Teilnehmer, die nur die deutsche Sprache beherrschten, übernahm die Friesin Christel Petersen.

Während am ersten Rundgang rund 25 Interessierte teilnahmen, waren es beim zweiten etwa 35. Unter ihnen befanden sich Angehörige sämtlicher Generationen, dänische, friesische und deutsche Südschleswiger sowie Besucher aus Dänemark. Zudem schloß sich beim zweiten Rundgang auf dem Ladelunder Friedhof eine 25köpfige Reisegruppe aus Juelsminde in Dänemark an, die vom dänischen Pastor Tappe aus Leck begleitet wurde. Hier wie im Ladelunder Pastorat war es Hans Christian Rasmussen, der eindringlich über die katastrophalen Lebens- und Arbeitsbedingungen in den nordfriesischen Konzentrationslagern berichtete. Die schweren Erdarbeiten beim Bau des „Friesenwalls“ und der schleswigschen „Riegelstellungen“, die unzureichende Verpflegung und mangelhafte Bekleidung, das Leben in Kälte und Nässe und die täglichen Prügelorgien der Wachmannschaften führten zu einer ungeheuren Sterblichkeit unter den Häftlingen. In den nicht einmal sieben Wochen vom 2. November bis 16. Dezember 1944 kamen allein von den 2000 Häftlingen im KZ Ladelund 300 ums Leben.

An Hand der Ausstellung „KZ Ladelund 1944“ wurde auch auf das Schicksal des kleinen niederländischen Fleckens Putten eingegangen, dessen männliche Bevölkerung nach einem Anschlag auf ein deutsches Wehrmacht-Fahrzeug in der Umgebung des Ortes am 2. Oktober 1944 in deutsche Konzentrationslager deportiert wurde. Der Großteil der 589 Männer aus Putten gelangte in das KZ

Ladelund, mehr als 100 von ihnen kamen hier ums Leben, und nur 49 konnten nach der Befreiung im Mai 1945 in ihre Heimat zurückkehren. Putten wurde zum „Dorf der Witwen und Waisen“. In der Geschichte der deutschen Konzentrationslager gibt es – soweit bis heute bekannt ist – kein anderes Beispiel für eine so deutliche Zuordnung von Deportationsort und KZ-Außenkommando wie zwischen Putten und Ladelund. Nach 1945 war es der Ladelunder Pastor Johannes Meyer, der die Angehörigen der Opfer des KZ Ladelund benachrichtigte, und der vor allem mit dem niederländischen Flecken Putten eine „Versöhnung über den Gräbern“ einleitete. Sein Nachfolger Harald Richter hat diese Arbeit engagiert fortgesetzt, und wechselseitige Besuche zwischen Puttenern und Ladelundern sind in den vergangenen Jahrzehnten Realität geworden.

Durch den Besuch der Ausstellung im Ladelunder Pastorat und die Berichte Hans Christian Rasmussens konnten sich die Teilnehmer ein eigenes Bild über das KZ Ladelund machen. Dabei kam es natürlich auch zu einer Reihe von Nachfragen, Diskussionen und Gesprächen. Insbesondere die dänischen Teilnehmer hoben die Qualität der Ausstellung „KZ Ladelund 1944“ hervor und würdigten das Engagement der Flensburger Oberstufen-Schüler und ihres Lehrers Dr. Jörn-Peter Leppien, die die Arbeit an der Ausstellung in ihrer Freizeit bewältigten. Vor allem unter den deutschen Teilnehmern – selbst aus der näheren Umgebung des Dorfes Ladelund – wurden erhebliche Wissenslücken über die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft und ein großes Informationsbedürfnis deutlich. In diesem Zusammenhang wurde auch beklagt, daß die lokalen Geschehnisse unter der NS-Herrschaft im Unterricht an den deutschen Schulen in Südschleswig nach wie vor kaum Berücksichtigung finden und daß das Kieler Kultusministerium diesbezügliche Empfehlungen des Nordfriisk Instituut bislang schlichtweg ignoriert hat. Darüber hinaus kritisierten deutsche Lehrer das unzureichende Lehrangebot zur NS-Zeit an den Hochschulen Schleswig-Holsteins.

Hohe Anerkennung fanden dagegen die Bemühungen der Gemeinde Ladelund, sich der eigenen Vergangenheit zu stellen. Insbesondere die Pläne zur Errichtung eines Dokumentenhauses wurden von den Teilnehmern der Rundgänge nachdrücklich unterstützt. Dabei sollten ebenfalls in der zukünftigen Ausstellung die Geschehnisse im Jahre 1944 im Mittelpunkt stehen, ohne die auch das besondere Verhältnis zwischen Putten und Ladelund unverstänlich bleiben muß. – Information, Diskussion und Aufklärung über die Ereignisse vor mehr als 40 Jahren sind nach wie vor ebenso notwendig wie gefragt. Und die Rundgänge beim Sydslesvig-Festival 1987 zeigten, daß sich der Besuch eines Festivals und die historische Auseinandersetzung mit einem der dunkelsten Kapitel des eigenen Landesteils nicht ausschließen müssen.

Klaus Bästlein

*

Multikulturelle Bildung im deutsch-dänischen Grenzland

Unter Leitung von Prof. Dr. J. H. Knoll von der Ruhr-Universität Bochum wurde vom 23.–25.6.1987 in Glücksburg ein Hochschulseminar zum Thema „Multikulturelle Bildung am Beispiel der dänischen Minderheit in Südschleswig“ durchgeführt. Referenten waren:

- Hans Andresen, stellv. Schulrat (Dansk Skoleforening), Flensburg;
- Karl-Otto Meyer, SSW-Landtagsabgeordneter in Kiel;
- Jørgen Hamre, Leiter der Dansk Centralbibliotek, Flensburg;
- Karl Kring, Geschäftsführer von Sydslesvigsk Forening SSF, Flensburg;
- Egon Rasmussen, Leiter der Jarplund Højskole bei Flensburg;
- Dr. Eckhard Bodenstein, Pädagogische Hochschule Flensburg.

Die Referate sollen im „Internationalen Jahrbuch der Erwachsenenbildung“ und in der Zeitschrift „Volkshochschule im Westen“ 5/1987 veröffentlicht werden.

Eckhard Bodenstein

*

Zahl der Schulanfänger an dänischen Schulen unverändert

Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der Schulanfänger an den 54 Schulen der dänischen Volksgruppe im Landesteil Schleswig fast unverändert geblieben. Wie der Dänische Schulverein in Flensburg als Träger der Schulen bekanntgab, wurden bei Beginn des Schuljahres 1987/88 insgesamt 519 Kinder im gesamten Landesteil eingeschult. Im letzten Jahr lag diese Zahl bei 517. Seit 1980 ist sie fast unverändert geblieben.

In den Kreisen Rendsburg-Eckernförde und Schleswig-Flensburg ist die Zahl der Schulanfänger leicht angestiegen. Dagegen wird ein kleiner Rückgang in der Stadt Flensburg und im Kreis Nordfriesland verzeichnet.

Nach wie vor werden jedoch mehr Schüler von den dänischen Schulen entlassen als neu eingeschult. Dadurch ist die Gesamtzahl der Schüler gegenüber dem Vorjahr von 5282 auf 5213 gesunken.

Der dänische Schulverein rechnet damit, daß die Zahl der Schüler sich in den nächsten Jahren bei etwa 5000 einpendeln wird. Aufgrund der niedrigen Geburtenquote ist die Gesamtzahl der Schüler seit 1977 von etwa 6500 auf die heutige Zahl gesunken.

Südschleswigscher Pressedienst, 24.8.1987

*

Dänisch-deutsches Gemeinschaftsprojekt kostete 11 Millionen DM

Der Anbau der dänischen Zentralbücherei in Flensburg wurde durch eine dänisch-deutsche Gemeinschaftsfinanzierung ermöglicht. Von den Baukosten in Höhe von 11 Millionen DM steuerten Bund und Land 5,5 Millionen im Rahmen der Zonenrandförderung bei. Den gleichen Betrag gaben der dänische Staat und der dänische Grenzverein.

Seit Ingebrauchnahme des Gebäudes im Jahre 1959 haben sich die Buch-Entleihungen mehr als verdoppelt. Im letzten Jahr wurden 531 000 Entleihungen im gesamten Landesteil Schleswig verzeichnet. Gleichzeitig wird die Zentralbücherei für viele andere kulturelle Aktivitäten genutzt, die auch deutschen Besuchern offenstehen. Durch den Anbau hat sich die Nutzfläche der Zentralbücherei auf 6800 qm verdoppelt. U.a. haben die Fahrbücherei und die geschichtlich-topographische Abteilung jetzt mehr Platz zur Verfügung. Ferner wurden ein zusätzlicher Vortragssaal und ein besonderer Ausstellungsraum geschaffen.

Südschleswigscher Pressedienst, Sept. 1987